



FOTOS: ANNA HOCHSIEDER

„Neue Heimat München“: dies wird die Stadt für immer mehr Menschen. Der Zuzug hält an: aus anderen Teilen Deutschlands, aus ost- und südeuropäischen Ländern. Auch der Andrang von Flüchtlingen der letzten Monate, selbst wenn er aktuell nachgelassen hat, ist noch keineswegs bewältigt. Dabei fehlt es an bezahlbaren Wohnungen seit langem – für Münchner/innen mit geringeren Einkommen, für Neuzuzügler und für Flüchtlinge. Sie alle müssen die Chance erhalten, in München bleiben zu können, sich in die Stadtgesellschaft zu integrieren, um sich als willkommene und geachtete Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt verstehen zu können.

Unser Schwerpunktthema erinnert in mehreren Beiträgen daran, dass Flucht und Vertreibung immer wieder Ereignisse in der Geschichte Europas waren, die eine je besondere „Willkommenskultur“ voraussetzten und prägten. Und dass die Schaffung von Wohnraum auch früher schon eine Herausforderung war, die neue Ideen für eine angemessene Unterbringung der neu Hinzugekommenen verlangte. Wir legen wir besonderes Augenmerk auf die Situation von Flüchtlingen, die in einer ungleich schwierigeren persönlichen Lage versuchen müssen, Fuß zu fassen – wenn man es ihnen gestattet. Wir stellen einige gestalterische Beispiele vor, wie ein „Wohnen für Alle“ aussehen und umgesetzt werden könnte. Der Haltung, Flüchtlinge – was auch immer sie bewegen hat, ihre Heimat zu verlassen – willkommen zu heißen, wird inzwischen misstraut, der Wind hat sich gedreht: Abschottungsbereitschaft und dumpfe Bunkermentalität haben sich in Politik und Teilen der Gesellschaft breit gemacht.

Der Münchner Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter ist am 28. April gestorben. Wir erinnern an sein politisches Leben in einem Nachruf.

Inhalt:

Themenschwerpunkt: Neue Heimat München

| | |
|---|----|
| „Auch ein emigré bleibt ein Mensch“ | 2 |
| „Der „Emigrantenstein“ von 1796: Steinernes Zeugnis europäischer Geschichte | 3 |
| Bezahlbare Wohnungen für München und das Umland | 6 |
| Außergewöhnliche Zeiten – außergewöhnliche Maßnahmen? | 7 |
| Wohnen für Alle – und fast überall | 10 |
| Vom Flüchtling zum Münchner Wohnungslosen | 10 |
| Entwurfsprojekt „NEUE HEIMAT – entwicklungsfähiges Wohnen“ | 12 |
| „Wohnräume“ – Hoffnung aus Mietraching | 16 |
| Wir machen das! „Wohnraum für alle“ und „Home not Shelter“ | 17 |
| Bellevue di Monaco* – jetzt haben wir die Schlüssel! | 19 |
| Alles bleibt anders ... weil eine (Stadt-)Gesellschaft „Hoffnungsräume“ braucht und bieten muss ... | 20 |
| Begegnungsräume: Auf gute Nachbarschaft | 21 |
| „Bewegungsräume“ – Bayernkaserne: Wie bewegen sich Flüchtlinge in München? | 23 |
| <hr/> | |
| Münchens Kunstareal – ein Kessel Buntes | 24 |
| Leserbrief: Das Kunstareal als „Agora“ – St. Markus als geistiger „Freiraum“ | 15 |
| Leserbrief: Thema Hauptbahnhof | 22 |
| Leserbrief: Thema Hauptbahnhof | 26 |
| Notiz: Der Münchner Hauptbahnhof – ein Baudenkmal? | 27 |
| Nachruf: Zum Tod von Georg Kronawitter | 28 |
| <hr/> | |
| Ankündigungen: | |
| Keine Angst vor Partizipation! – Wohnen heute | 18 |
| Arbeitskreise | 11 |
| <hr/> | |
| Impressum | 5 |

„Auch ein emigré bleibt ein Mensch“

„... auch ein emigré bleibt ein Mensch und menschlich sein gewaltiges Schicksal, welches ihm keine Stätte in der bewohnten Welt zu lassen scheint.“ (Ernst Moritz Arndt 1798)

Die aktuellen Flüchtlingsströme nach Europa stellen zu Beginn des 21. Jahrhunderts Politik und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen.

Die aktuellen nationalen und europäischen Normen sind mit den Dimensionen der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts und den daraus resultierenden Verpflichtungen zu humanitärer Hilfe nur schwer zu vereinbaren. Humanitäre Hilfe für Menschen, die ihre Heimat verloren haben, war und ist keine Selbstverständlichkeit.

Der von Ernst Moritz Arndt verwendete Begriff „emigré“ hat vielfältige Wandlungen erfahren. Die Gründe, welche Menschen zwingen, ihre Heimat zu

verlassen, sind vielfältig. Ebenso vielfältig sind die Begriffe und Bezeichnungen, die sich entwickelt haben, um im alltäglichen Sprachgebrauch und in der Terminologie der Administration mit ihrem Schicksal umzugehen:

Abzuschiebender, Asylant, Asylantragsteller, Asylbewerber, Asylsuchender, Emigrant, Emigré, Refugé, Exilant, Expatriierter, Expat, Exulant, Flüchtling, Flüchtling ohne Aufenthaltsgestattung, Flüchtling ohne Duldung, qualifiziert geduldeter Flüchtling, unbegleiteter minderjähriger Flüchtling, Bootsflüchtling, Bürgerkriegsflüchtling, Klimaflüchtling, Kontingentflüchtling, Konventionsflüchtling, Umweltflüchtling, Wirtschaftsflüchtling, Geflüchteter, Immigrant, Migrant, Bürger mit Migrationshintergrund, Vertriebener, Heimatvertriebener, Displaced Person ...

Unabhängig vom jeweiligen rechtlich-administrativen Status erinnert uns Ernst Moritz Arndt mit seinen zeitlosen Worten aus dem Jahr 1798 an das individuelle Schicksal der Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Heimat verlassen müssen und unser Mitgefühl verdienen.

KLAUS BÄUMLER



Foto: Klaus Bäuml

Wahlplakat der CSU zur Landtagswahl am 1. Dezember 1946

Informationen über Asylverfahren und Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland finden Sie hier:

<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Fluechtlinge/Verfahrensablauf.html> ↗

Informationen über die Herkunftsländer der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen Münchens finden Sie hier:

<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Fluechtlinge/Hintergrund.html> ↗

Informationen über Flüchtlingsunterkünfte in München finden Sie hier:

<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Fluechtlinge/Unterkuenfte.html> ↗

„Der „Emigrantenstein“ von 1796: Steinernes Zeugnis europäischer Geschichte

Die Markgrafschaft Bayreuth – Ansbach: Ein Ort der „Willkommenskultur“ für Emigranten der Französischen Revolution

Ende des 18. Jahrhunderts kommt es durch die Französische Revolution zu fundamentalen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Frankreich. In der Folge entsteht eine innereuropäische Wanderungsbewegung, die vielfältige Spannungen auslöste. Bedingt durch veränderte politische Verhältnisse, aber auch aus Angst vor Verfolgung und der damit verbundenen Gefahr für Leib und Leben emigrierten zehntausende Menschen aller Stände aus Frankreich in benachbarte Staaten.

Die heutige Problematik im politisch-administrativen und soziokulturellem Umgang mit einer großen Zahl von Flüchtlingen musste bereits an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bewältigt werden. Auch damals bestand ein Spannungsverhältnis zwischen restriktiven und liberalen Regelungen. Emigranten wurden von der Obrigkeit und der einheimischen Bevölkerung unterschiedlich wahrgenommen. Probleme der gesellschaftlichen Integration und des Kultur- und Technologietransfers waren zu lösen.

Daran erinnert der „Emigrantenstein“, der sich in Oberfranken zwischen Bayreuth und Schloss Fantaisie im Ortsteil Donndorf der Gemeinde Eckersdorf befindet. Bei diesem Unikat der Denkmal- und Erinnerungskultur handelt es sich um einen Sandsteinfelsen von acht Metern Länge, sechs Metern Breite und einer Höhe von vier Metern, auf dem folgende Inschrift angebracht ist:

*„Unter der Regierung / Friedrich Wilhelm des
Zweyten / Da Carl August von Hardenberg / Dirigie-
render Minister war, / Fanden in diesen glücklichen
Landen /*

*Tausende eine Freystätte / Die auswärts den Wan-
derstab / Haben ergreifen müssen. / Und Menschen-
liebe, Wohlthätigkeit und Edelmuth / Die noch mehr
verscheucht waren / Zogen sich in das Herz dieses
Monarchen zurück. / Rufe Du Fels den kommenden
Jahrhunderten / Diese denkwürdige Zeit / Ins Ge-
dächtnis zurück./*

*Und die alles belohnende ewige Gerechtigkeit /
Löse unsere Schuld / Durch Erfüllung der Wünsche /
Unseres reinsten Danks. / 1796 / Von einem französi-
schen Ausgewanderten.“*

Trotz seiner Einmaligkeit ist dieses außerordentliche Zeugnis europäischer Geschichte wenig bekannt. Recherchen zu diesem Denkmal zeigen exemplarisch



QUELLE: BAYERISCHES LANDESMUSEUM FÜR UMWELT

Der Emigrantenstein

auf, dass politisches Lernen am historischen Ort über die Lokalgeschichte hinaus zu politischen, sozialen und kulturellen Aspekten von Migrationsbewegungen führt, die heute wieder aktuell sind.

Humanitäre Hilfe für Menschen, die ihre Heimat verloren haben, ist und war keine Selbstverständlichkeit. Das ist die aktuelle Botschaft, die uns der „Emigrantenstein“ aus dem Jahr 1796 vermittelt.

Es handelt sich um ein ungewöhnliches Dokument des Dankes eines „französischen Ausgewanderten“ auf einem Felsen in freier Landschaft, die Ernst Moritz Arndt im Jahr 1798 auf seiner Wanderung von Bayreuth nach Wien tief bewegt. Der Stein „zog sein Herz an sich und Tränen in die Augen“, wie Arndt in seinen Reiseaufzeichnungen überliefert. Zugleich formuliert er sein Mitgefühl mit einem „emigré“, einem heimatlos gewordenen Menschen und die Achtung vor dessen „menschlich bleibendem gewaltigen Schicksal“, welches diesem „keine Stätte in der bewohnten Welt zu lassen scheint“.

Die Inschrift des „Emigrantensteins“ lenkt zunächst den Blick auf die besondere geopolitische Situation des Bayreuther Landes. Ab 1792 standen die Markgrafschaften Bayreuth und Ansbach unter dem Einfluss des Königreichs Preußen. Carl August von Hardenberg, vom preußischen König 1792 als

Minister in beiden Fürstentümern eingesetzt, verwirklichte moderne, von der Aufklärung geprägte Vorstellungen und zwar auch auf dem Gebiet der Asylpolitik. Der „französische Ausgewanderte“ attestiert dem preußischen König Friedrich Wilhelm II. und seinem Minister Hardenberg beispielhafte „Menschenliebe, Wohlthätigkeit und Edelmut“ gegenüber den französischen Emigranten. Die Primärquellen weisen nach, dass diese Dankbarkeit einen realen Hintergrund hat. Auf der Grundlage des königlich-preußischen Reskripts von 1792 verfolgte Hardenberg in seinem fränkischen Zuständigkeitsbereich eine besonders emigrantenfreundliche Politik. Französischen Emigranten sollte Gastfreundschaft und Schutz gewährt werden. Hardenberg richtete einen Unterstützungsfonds ein und sorgte dafür, dass leerstehende Gebäude, darunter auch Schlösser, zur Unterbringung der Flüchtlinge genutzt werden konnten. Um eine gleichmäßige Belastung von Städten und Gemeinden mit den französischen Emigranten

Die preußische „Friedensinsel“ Ansbach im Jahr 1796

Folgenreicher Zufluchtsort für den späteren König Max I. Joseph und seinen Minister Maximilian Graf von Montgelas

Die Markgrafschaft Ansbach war unter der Regierung Hardenberg in den Kriegsjahren 1795/96 als „Friedensinsel“ nicht nur ein sicherer Zufluchtsort für französische Emigranten. Durch geschickte Verhandlungen war es Hardenberg gelungen, im „Ersten Koalitionskrieg“ zwischen Frankreich und Österreich für Preußen – und damit auch für Ansbach – den Status der Neutralität zu bewahren. Auf diese Weise fanden im „Territoire prussien“ auch „innerdeutsche Flüchtlinge“ in Ansbach eine „Freystätte“. Darunter auch der Herzog von Zweibrücken, der spätere König Max I. Joseph und Maximilian Graf von Montgelas. So werden Ansbach und das Jahr 1796 für die politische und kulturelle Entwicklung Bayerns vom 19. Jahrhundert bis heute außerordentlich bedeutsam.



FOTOS: KLAUS BÄUMLER

Das Standbild von Maximilian Joseph Graf von Montgelas 1759-1838 auf dem Münchner Promenadeplatz

zu erreichen, ordnete er periodisch zu erstellende Emigrantenlisten an. Trotz zunehmender Beschwerden aus dem Kreise der Einheimischen ließ sich Hardenberg in seiner fremdenfreundlichen Politik nicht beirren. An diese von Hardenberg geprägte Willkommenskultur erinnert bis heute der „Emigrantenstein“ von 1796.



QUELLE: HISTORISCHER VEREIN VON OBERBAYERN HV-BS A 05-59 VOR

Lithografie 1802: Die zwei Condéer
Zwei französische Emigranten in München zu Ende des 18. Jahrhunderts. Es handelt sich um sog. Condéer, die als Mitglieder eines royalistischen Militärkorps, befehligt vom Prinzen Condé, gegen das französische Revolutionsheer gekämpft hatten. Im Gegensatz zu französischen Geistlichen und Adeligen unter den Emigranten waren die Condéer von den Amnestien Napoleons nicht erfasst und konnten deshalb nicht nach Frankreich zurückkehren. Viele Offiziere und Soldaten aus diesem Korps bezogen durch die englische Regierung Pensionen. Auf diese Art in Absprache mit dem englischen Gesandten gegen Ausweisung gesichert, hielten sich 1804 noch 41 Condéer in München auf.

Denn vor dem gegen Österreich nach Osten vorstößenden französischen Heer des Generals Jourdan fanden 1796 auch der Herzog von Württemberg sowie der Erbprinz von Baden mit seiner Tochter Caroline Schutz in Ansbach. Zur gleichen Zeit, im August 1796, hatte auch Max I. Joseph, damals noch Herzog von Zweibrücken, dessen Herzogtum von den Franzosen besetzt war, in Ansbach Asyl gefunden. Sowohl für Max I. Joseph persönlich als auch für seine politische Wirksamkeit war die Zeit im Ansbacher Asyl von großer Bedeutung.

„Als landloser Flüchtling“ lernte der Witwer Max I. Joseph, der mit Kindern und Gefolge im Ansbacher Schloss wohnte, Caroline kennen, die er 1797 heiratete. Hier im preußischen Asyl beförderte er Montgelas zum „Wirklichen Geheimen Legationsrat“, der damit seine Karriere als unentbehrlicher Ratgeber und Vertrauter von Max I. Joseph begründete. In dieser neuen, verantwortungsvollen Funktion verfasste Montgelas 1796 das „Ansbacher Mémoire“, ein detailliertes Programm künftiger Reformen für Bayern, die ab 1799 nach dem Tod von Karl Theodor verwirklicht wurden. Montgelas orientierte sich dabei sicher auch an der fortschrittlich geprägten Politik und Administration Hardenbergs, mit der er sich in Ansbach vertraut gemacht hatte.

Vieles deutet daraufhin, dass Max I. Joseph nach seinem Regierungsantritt als Kurfürst im Jahr 1799 anfänglich auf Grund seiner Erlebnisse als „Emigrant“ die Gastfreundschaft gegenüber Revolutionsflüchtlingen großzügig gepflegt hat. Doch schon bald zeichnete sich ein Kurswechsel ab. In den Jahren 1802-1806 mussten sich auf Druck der französischen Regierung sogar bayerische Untertanen mit französischem Namen – obwohl keinesfalls Emigranten – „Lebenszertifikate“ über ihren staatsbürgerlichen Status ausstellen lassen. Selbst Montgelas, 1759 in München geboren, hatte trotz seiner herausragenden Position als Minister, diesen Nachweis durch ein „Certificat de vie“ zu führen.

Die politische Einstellung von Max I. Joseph und von Montgelas zu Frankreich war durch die Erfahrungen von Flucht und Emigration nicht negativ geprägt. Ob die bekannt negative Haltung von Kronprinz Ludwig, dem späteren König Ludwig I., durch das Fluchterlebnis in der Kindheit hervorgerufen wurde und damit auf einem „Migrationshintergrund“ beruht, gilt es zu erforschen.

KLAUS BÄUMLER

Klaus Bäumler ist Leiter des AK Öffentliches Grün und 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums und Vorstandsmitglied der Montgelas-Gesellschaft e.V.

Zum Weiterlesen:

Klaus Bäumler, *Der „Emigrantenstein“ von 1796: Steinernes Zeugnis europäischer Geschichte. Stationen einer Recherche zur „Willkommenskultur“ in Bayern. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Nr. 1/2016. Digital aufrufbar auf der Internetseite der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (www.blz.bayern.de)* 

Eberhard Weis, *Maximilian von Montgelas – Ein Lebensbild. In: Bayern entsteht. Montgelas und sein Ansbacher Mémoire von 1796, Hrsg. Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg 1996*

Manfred Peter Heimers, *Die Trikolore über München. Vorgeschichte, Ablauf und Folgen der französischen Besetzung 1800/1801, Hrsg. Stadtarchiv München 2001.*

Wilhelm Wühr, *Die Emigranten der französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis mit dem Verzeichnis aller im Gebiet des rechtsrheinischen Bayerns festgestellten Emigranten, Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 27, 1938.*

IMPRESSUM

Standpunkte ISSN 1861-3004
Münchner Forum e.V., Diskussionsforum für Entwicklungsfragen, Schellingstr. 65, 80799 München
fon 089/282076, fax 089/2805532, email: info@muenchner-forum.de
www.muenchner-forum.de 
V.i.S.d.P.: Ursula Ammermann

Redaktionsschluss: 21.04.2016
Redaktion: Ursula Ammermann (UA), Klaus Bäumler (KB), Detlev Sträter (DS), Barbara Specht (BS), Georg Kronawitter (GK), Udo Bünnagel (UB),

Layout: Barbara Specht

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht daher nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Sollten Sie unsere Standpunkte nicht mehr erhalten oder sie jemandem zukommen lassen wollen, genügt ein Mail an: info@muenchner-forum.de

Bezahlbare Wohnungen für München und das Umland

Stadt München und Regierung von Oberbayern ziehen am gleichen Strang

München und das Umland wachsen: der Zuzug hält an, aber leider wächst der Wohnungsangebot nicht im gleichen Maß. Das bekommt schon seit einigen Jahren jeder zu spüren, der hier eine Wohnung sucht und ganz besonders, wenn die Miete günstig sein muss. Verschärft wird diese Situation darüber hinaus durch die Flüchtlinge. Denn diese müssen, sobald sie den Aufenthaltsstatus erlangt haben, zusätzlich zu den vorhandenen Wohnungssuchenden mit Wohnungen des Wohnungsmarktes versorgt werden. Dies gilt natürlich auch in anderen Regionen Bayerns, aber nirgends ist die Situation so angespannt wie im Großraum München.

FOTO: FLORIAN SCHREIBER, MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG DER GWG INGOLSTADT



Staatlich geförderte Wohnanlage der GWG Ingolstadt an der Richard-Strauss-Straße Ecke Permoserstraße in Ingolstadt.

Vor diesem Hintergrund hat die Bayerische Staatsregierung im Herbst letzten Jahres den Wohnungspakt Bayern beschlossen, womit der Bau von staatlich geförderten und damit bezahlbaren Wohnungen kräftig angekurbelt werden soll. Als eine wesentliche Maßnahme wurde die staatliche Wohnraumförderung deutlich aufgestockt. Standen 2015 noch rund 250 Mio. Euro an Fördermitteln zur Verfügung, sind es 2016 rund 400 Mio. Euro. Von 2016 bis einschließlich 2019 ist ein Fördervolumen von insgesamt rund 1,9 Mrd. Euro vorgesehen. Der weitaus größte Teil davon wird nach Oberbayern fließen, und hier geht der Löwenanteil in den Raum München.

Bei der Bewilligung dieser Mittel teilen sich die Regierung von Oberbayern und die Stadt München gewissermaßen die Arbeit. Die Regierung ist für Oberbayern zuständig außer für das Stadtgebiet von München, hierfür ist die Landeshauptstadt selbst Bewilligungsstelle. Regierung und Stadt ergänzen sich dabei bestens; während die Stadt vor allem mit

Hilfe ihrer Wohnungsbau-Töchter GWG und GEWOFAG den Bau von bezahlbaren Wohnungen im Stadtgebiet vorantreibt, tut dies die Regierung in der umliegenden Metropolregion – die im Bild gezeigte Wohnanlage befindet sich in Ingolstadt. Das Thema Wohnungsbau steht seit einiger Zeit im Fokus zahlreicher Diskussionsrunden und Arbeitskreise, gerade auch, wenn es um die Bedeutung des gesamten Großraums für die Schaffung von ausreichendem Wohnraum geht. Hier treffen sich zum fachlichen Austausch auch die Verantwortlichen für den Wohnungsbau von Landeshauptstadt und Regierung von Oberbayern. Das alte Vorurteil, dass Stadt und Freistaat Bayern sich gegenseitig vor allem Steine in den Weg legen, trifft für den Wohnungsbau

jedenfalls nicht zu.

Ein weiteres und ganz neues Element des Wohnungspakts Bayern ist ein eigenes Förderprogramm nur für Kommunen. Vier Jahre lang werden dafür jeweils 150 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Neben einem zinsverbilligten Darlehen können hier 30 Prozent der Gesamtkosten eines Wohnungsbauprojektes mit einem reinen Zuschuss finanziert werden. Bauherr und Eigentümer muss während des 20jährigen Bindungszeitraums die Kommune selbst sein. Dieses Förderprogramm kann selbstverständlich auch die Landeshauptstadt München in Anspruch nehmen. In diesem Fall ist allerdings die Regierung von Oberbayern die Bewilligungsstelle. Schließlich kann sich die Stadt München nicht selbst die Fördermittel bewilligen.

RUTH SCHITTICH

Ruth Schittich studierte Architektur und absolvierte das Baureferendariat. Sie ist bei der Staatsbauverwaltung tätig und derzeit stellvertretende Sachgebietsleiterin im Sachgebiet Wohnungswesen der Regierung von Oberbayern.

Außergewöhnliche Zeiten – außergewöhnliche Maßnahmen? Wohnungsnot und Flüchtlingsintegration vor 70 Jahren

„Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen“ – Dieser Satz gehört zum rhetorischen Standardrepertoire der Bundeskanzlerin. Er fiel etwa bei der Regulierung der Finanzkrise um Griechenland, aber auch bei den EU-Beratungen zur Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung. In der Tat liegt der Eindruck nicht fern, dass wir in außergewöhnlichen Zeiten leben – wie sehen gewöhnliche Zeiten aus? Die Maßnahmen allerdings, die zu ihrer Bewältigung getroffen werden, weisen wenig Außergewöhnliches auf, sie sind, im Gegenteil, zumeist von ungewöhnlicher Schlichtheit. Dabei gäbe es genug Anlass, ungewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen, etwa bei Bewältigung der Wohnungsnot, wie sie in allen bundesdeutschen Agglomerationen sichtbar ist, nicht nur in München. Die „gewöhnlichen Maßnahmen“, zumal der ordinäre Glaube, der Wohnungs-Markt solle und könne das alles richten, haben längst bewiesen, dass sie nichts oder nur wenig bewirken – und auf der anderen Seite sich die Probleme nur noch höher auftürmen.

Nun sind Zeiten, außergewöhnliche oder nicht, nur schwer zu vergleichen. Aber angesichts der sog. Flüchtlingskrise, die ja in quantitativer Hinsicht nur einen geringen Teil der Münchner Wohnungsnot begründet, sollte man sich erinnern, dass in ganz Deutschland – nicht allein in München – nach dem Ende des zweiten Weltkriegs eine weitaus größere „Flüchtlingskrise“ und Wohnungsnot zu bewältigen waren als heute: rund acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wanderten zwischen 1945 und 1950 nach Westdeutschland ein. Später kamen weitere knapp vier Millionen Auswanderer/ Flüchtlinge aus der „Ostzone“/ DDR nach Westdeutschland.

Die Kriegszerstörungen der Städte und damit eines Großteils der Wohnungen einerseits, der Zustrom aus den deutschen Ostgebieten sowie den deutschen Siedlungsgebieten in osteuropäischen Ländern andererseits verlangte nach unkonventionellen Maßnahmen: es musste der noch vorhandene Wohnraum maximal belegt werden („Wohnraumbewirtschaftung“). Die so nicht untergebracht werden konnten, für die mussten Unterkünfte (Flüchtlingslager) eingerichtet und ein Ersatzwohnungsbau so schnell wie möglich angekurbelt werden. Bereits in den ersten eineinhalb Jahren nach Beendigung des 2. Weltkrieges waren allein in Bayern 1,7 Millionen Menschen zusätzlich angekommen; direkt nach dem Krieg waren die Menschen mangels effektiver Verwaltungsstrukturen bei der Suche nach einer Unterkunft auf sich selbst gestellt. Viele der Menschen, die in den letzten Kriegsjahren aus München evakuiert worden oder auf eigene Faust hinaus aufs Land gezogen waren, versuchten bald wieder in die Stadt zu gelangen. Eine *Rückkehrbeschränkung*, noch im selben Monat erlassen, sollte verhindern, dass die evakuierten

Münchner zu früh wieder in die überlastete Stadt drängten.

Die Münchner Flüchtlingsverwaltung nahm im September 1945 ihre Tätigkeit auf. Eine *Zuzugssperre* sollte unterbinden, dass sich zusätzlich Flüchtlinge in den zerstörten bayerischen Städten niederließen, wo rd. ein Drittel des Wohnungsbestands von 1939 in Schutt und Asche lag, im Unterschied zu nur geringen Wohnraumzerstörungen auf dem Lande. Die Zuzugssperre lenkte den Flüchtlingsstrom zunächst in die kleinen ländlichen Gemeinden. Erst mit der allmählichen Aufhebung der Zuzugssperren kamen ab 1948 vermehrt Flüchtlinge auch in den Städten, so auch in München unter. Wobei mittels der Zuzugssperre auch eine selektive Lenkung von Mangelberufen versucht wurde; besonders dringend gesucht waren Beschäftigte im Baugewerbe. Aber auch die langsame wirtschaftliche Erholung verlangte nach industriell erfahrenen Fachkräften, die unter den Vertriebenen zahlreich vorhanden waren.

Nachdem bereits auf kommunaler Ebene, in München wie auch in anderen Städten, eine Flüchtlingsverwaltung die Arbeit aufgenommen hatte, institutionalisierte die bayerische Regierung per Verordnung im November 1945 eine Flüchtlingssonderverwaltung (mit einem Staatskommissar an der Spitze und Regierungskommissaren bei den Bezirken) zur Regulierung des Zustroms der Flüchtlinge. In dem *Flüchtlingsnotgesetz* vom Dezember 1945, das im Februar darauf zum *Flüchtlingsgesetz* umgeschrieben wurde, wurde die Inanspruchnahme, Erstellung und Errichtung von Flüchtlingsunterkünften als damalige zentrale öffentliche Aufgabe bestimmt. Das ganze passierte in den Wirren einer sich erst langsam wieder reorganisierenden kommunalen, überkommun-

nalen und staatlichen Verwaltung unter der intervenierenden Beobachtung der alliierten amerikanischen Besatzungsmacht in Bayern.

Ankommende Flüchtlingstransporte wurden an der bayerischen Landesgrenze empfangen, die Flüchtlinge gepflegt und ärztlich untersucht, anschließend auf die verschiedenen Regierungsbezirke und von den dortigen Sammelstellen weiter auf die Stadt- und Landkreise verteilt. Auf dem Lande gelang es vielfach, Flüchtlinge und Vertriebe in bestehenden Wohneinheiten unterzubringen. In Städten wie München war es angesichts des Zerstörungsgrades von Wohnraum erheblich schwieriger; hier mussten Flüchtlingslager und andere Notunterkünfte herhalten. 1950 zählte man in München 139 Flüchtlingsunterkünfte über die Stadt verteilt, daneben gab es Firmenunterkünfte, Anstalten, Heime, Barackenlager und andere Gemeinschaftsunterkünfte in Notbehelfen oder bestehenden Gebäuden wie Schulen etc.

Im März 1947 erließ der Alliierte Kontrollrat für alle vier Besatzungszonen ein *Wohnungsgesetz*. Es sah u.a. vor, dass bei der Zuteilung von Wohnraum jene Personen bevorzugt werden sollten, die der NS-Diktatur Widerstand geleistet oder von dieser benachteiligt worden waren, sowie sog. Displaced Persons (DP), vor allem Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppte der NS-Herrschaft. Diese verständliche Bevorzugung führte bei der Umsetzung allerdings zu z.T. erheblichen Verwerfungen. Bei der *Wohnraumbewirtschaftung* ging es im Kern um einen Interessenausgleich zwischen Wohnungssuchenden und Wohnungsbesitzenden bei der Vermittlung von unterausgelastetem Wohnraum, wofür allein öffentliche Wohnungsämter zuständig wurden. Mit Wohnraum waren Zimmer gemeint, in denen noch weitere Personen untergebracht werden konnten, nicht Wohnungen. Die Mitbenutzung der Räume wie Küche und Bad durch die Einquartierten war zu dulden. Das führte zu vielerlei Unannehmlichkeiten und Ungerechtigkeiten, zu Konflikten und Widerständen. In vielen Fällen konnten die Flüchtlinge erst mit Polizeigewalt in die Wohnung einquartiert werden, weil die Wohnungsbesitzer den Zugang verhinderten. Der Meldepflicht für frei gewordenen Wohnraum kamen viele Haus- und Wohnungsbesitzer nicht nach und vermieteten lieber „schwarz“, was strafbar war. Aus der Perspektive der Haus- und Wohnungseigentümer und der Wohnungswirtschaft wird diese Phase gerne als „Wohnungszwangswirtschaft“ bezeichnet.

Der Wohnungsneubau setzte erst zögerlich ein. Das alliierte Wohnungsgesetz von 1946 hatte nur Um- und Ausbauten zur besseren Ausnutzung vorhandenen Wohnraums vorgesehen. Frühe Regelungen für den Wohnungsbau zugunsten von Flüchtlingen und Vertriebenen stammen aus dem Jahr 1948, als im

Zuge der Währungsreform entstandenen Gewinne als Grundschulden auf Grundbesitz für einen *Soforthilfefonds* (im Soforthilfegesetz 1949 geregelt) abgeschöpft wurden. Daraus flossen Darlehen für den Bau von Wohnungen und Siedlungen für Flüchtlinge, Sachgeschädigte und politisch Verfolgte. Bayern war auf dem Lande gering zerstört und deshalb *das Hauptaufnahmeland* (neben Niedersachsen und Schleswig-Holstein) für Flüchtlinge und Vertriebe. Einen gewaltigen An Schub erhielt der Wohnungsbau in Bayern und anderen Ländern, als 1950 rd. 100 Mio. DM für den Wohnungsbau für Flüchtlinge und Vertriebe aus Geldern des *Marshall-Plans* bereitgestellt wurden. Dieser konzentrierte Mitteleinsatz übertraf alle bis dahin getroffenen Wohnungsbaumaßnahmen in Bayern. In München konnten aus diesem Programm allein 933 Wohnungen für Flüchtlinge und Vertriebe gebaut werden. Insgesamt wurden im Jahr 1950 in München rd. 6.200 Wohnungen neu gebaut, nachdem im Jahr zuvor noch rd. 4.600 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert worden waren.

Unstrittig war der gezielte Flüchtlingswohnungsbau nicht. Vom zuständigen Wiederaufbaureferenten wurde berechtigterweise darauf hingewiesen, dass die Stadt nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für die in München Ausgebombten die Pflicht habe zu sorgen – heute hört man vielfach, dass der Flüchtlingszuzug die Wohnungsnot ausgelöst habe und die Flüchtlinge mit Wohnungen besser bedient würden als die Einheimischen. Tatsächlich setzte Anfang der 1950er Jahre eine breite Wohnungsbautätigkeit ein, für die die Wohnungsbauträger, das waren in München schon damals u.a. die kommunalen Wohnungsbauunternehmen Gemeinnützige Wohnstätten- und Siedlungsgesellschaft mbH (GWG), die Gemeinnützige Wohnungsfürsorge AG (Gewofag) und das Katholische Siedlungs- und Wohnungsbauwerk der Erzdiözese München-Freising, alle dafür möglichen Finanzierungsquellen erschlossen.

Mit dem ersten *Wohnungsbaugesetz* vom April 1950 wurden wesentliche Anreize für den Wohnungsneubau geschaffen, was auch Auswirkungen auf die strenge Wohnraumbewirtschaftung hatte: Steuerlich begünstigte und ohne staatliche Hilfe errichtete Wohnungen wurden nunmehr aus der Wohnraumbewirtschaftung ausgenommen; die Eingriffsmöglichkeiten der Wohnungsämter reduzierten sich seitdem auf den Altbestand und die im sozialen Wohnungsbau errichteten Wohnungen.

Viele Vorschläge wurden gemacht. So gab es Überlegungen, Hauseigentümer, deren Häuser nicht oder nur wenig beschädigt waren, an den Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Städte zu beteiligen – entweder durch eine Bar-Abgabe oder durch Aufnah-

me einer Hypothek. Besitzer mehrerer Häuser sollten durch Verkauf eines der Häuser die Vermögensabgabe aufbringen können, wenngleich andererseits – so wurde vermutet – damals nur sehr wenige Menschen in der Lage wären, sich bei der „zum Vorschein tretenden allgemeinen Verarmung ein größeres Mietshaus als Kapitalanlage kaufen zu können“, so der damalige Solinger Oberstadtdirektor Berting (Die Zeit 13.6.1946). Weshalb er vorschlug, die vermuteten noch vorhandenen Besitzer von verhältnismäßig kleinen Kapitalien zur Finanzierung des Wiederaufbaus heranzuziehen, indem sie eine Wohnung oder eine Etage erwürben, was auf rechtlicher Seite die Schaffung von *Stockwerkseigentum* zur Voraussetzung gehabt hätte – eine Idee, die später in das WohneigentumsGesetz (1951) eingegangen ist.

Ein weiteres wesentliches Standbein der Wohnungspolitik der Nachkriegszeit war die *Mietpreisbegrenzung*. Sie sorgte bereits während des 2. Weltkriegs für stabile Mieten, blieb angesichts der erheblichen Zerstörungen des städtischen Wohnungsbestands auch über das Ende des Krieges hinaus in Kraft und überlebte auch die Währungsreform 1948. Für geförderte Wohnungen galt bis 1956 die so genannte *Richtsatzmiete*, an deren Stelle ab dem 2. Wohnungsbaugesetz die sog. *Kostenmiete* trat. Mit den Erfolgen der Wohnungsbauanstrengungen, einer schrittweisen Beseitigung der größten Wohnungsnot mit Hilfe des sozialen Wohnungsbaus und der Eigenheimförderung seit den 1950er Jahren, wuchs beim Gesetzgeber die Haltung, die Mietpreisbindungen nun lockern zu können. Die schrittweise Aufhebung der „*Schwarzen Kreise*“ (Landkreise, in denen der Wohnungsmarkt Disparitäten aufwies) Anfang der 1960er Jahre und ihre Deklaration zu „*Weißten Kreisen*“ (Landkreise, in denen der Wohnungsmarkt mehr oder minder ausgeglichen ist) markiert die Beendigung der Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg, zugleich aber wurden die sozialstaatlichen Regelungen des Wohnungsmarkts ausgedünnt. So trat zum Beispiel neben die sog. Objektförderung, die Förderung in Gebäude und Wohnungen, die „*Subjektförderung*“, also die Einführung des Wohngelds zur Erhöhung der Mietzahlungsfähigkeit des Mieters, sprich: die Subventionierung der Mietförderungen der Vermieter.

Mit anderen Worten: Keine historische Situation gleicht der anderen. Aber bevor man glaubt, dass gegenwärtige Probleme der Wohnungsnot und die Bewältigung des Flüchtlingszuzugs extraordinär und einzigartig seien, sollte ein Rückblick in die gar nicht so lange zurückliegende Geschichte helfen zu erkennen, dass die Beseitigung größter Wohnungsnot und eine Flüchtlingsintegration schon mit viel effektiveren und wirksameren Instrumenten gestaltet

worden sind, als man heute meint, zur Verfügung zu haben – sie müssen nur geschärft werden.

Was die Situation heute von der damaligen Zeit unterscheidet: Die damaligen gewaltigen Anstrengungen der Nachkriegszeit waren im Kern getragen von einem sich ausbreitenden Verständnis von *Solidargemeinschaft*, das verschiedene Wurzeln hatte. Heute ist der Glaubenssatz in den Köpfen erfolgreich verankert worden, dass das individuelle Streben nach (wirtschaftlichem) Erfolg in Summe zu gesellschaftlicher Wohlfahrt führe. Dass dies mitnichten stimmt, wird tagtäglich vorgeführt. Weil aber mit dem Dogma sich immer noch Extraprofite erzielen lassen (und kriminelles Handeln prägt mittlerweile auch deutsche Leit-Unternehmen), wird es regelmäßig wieder aufgewärmt. In nur wenigen Monaten wurde aus dem „Wir schaffen das“ der Kanzlerin in Tätlichkeit von Politik in Bund und Ländern und Teilen der Gesellschaft ein „Wir wollen das nicht schaffen“. Wenn Zufluchtsuchende auf eine neoliberal geprägte Gesellschaft treffen, in der Eigennutz die Werteskala anführt, ist nicht viel zu erwarten. Das macht es den Kommunen noch schwieriger, Konzepte zu entwickeln, um Flüchtlingsintegration und bezahlbares Wohnen insbesondere in den Großstädten wie München sozialverträglich zu gestalten.

Die Geschichte der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist auch eine Geschichte der Zurückdrängung sozialstaatlich motivierter regulatorischer Gestaltungsmaßnahmen zugunsten einer um sich greifenden Marktgläubigkeit. Immer deutlicher ist heute erkennbar, dass auf dem Wohnungs-„Markt“ sich zwei konträre Interessen gegenüberstehen, die nicht miteinander kompatibel sind: ‚Wohnen als sozialer Nutzen‘ vs. ‚Wohnen als Renditequelle‘. Wer Wohnungsnot beseitigen und bezahlbares Wohnen für alle durchsetzen will, muss Wohnen als Renditequelle in die Schranken verweisen.

DETLEV STRÄTER

Dr. Detlev Sträter ist 1. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums

Zum Weiterlesen

Stefan Ellenrieder: *Wohnverhältnisse von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in München in der Nachkriegszeit*. In: *Oberbayerisches Archiv*, Bd. 120, 1996 (Hrsg. Historischer Verein von Oberbayern), S. 317-390.

Tilman Alexander von Roncador: *Der Wohnungsbau auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1989*, München 2006, LMU Dissertation

Wohnen für Alle – und fast überall

Der 16. März 2016 könnte ein stadtgeschichtlich bedeutsames Datum werden. Wenn, ja wenn tatsächlich die Ziele aus dem Stadtratsbeschluss „Wohnen für Alle - Schaffung von zusätzlichem, dauerhaftem Wohnraum für wohnberechtigte Haushalte einschließlich anerkannter Flüchtlinge“ (114-20 V 054371) auch nur annähernd erreicht werden.

In dünnen Zahlen: 3.000 geförderte Wohneinheiten sollen im Zeitraum 2016 bis 2019 zusätzlich geschaffen werden. Und um den Flächenengpass wenigstens teilweise zu umgehen, sollen auch Wohnprojekte an zuvor in München lange tabuisierten Orten realisiert werden. Auf Initiative der Stadtrats-SPD ist dabei auch die Überbauung der Stellplatzflächen am Dantebad als spektakulärstes Teilprojekt ins Programm aufgenommen worden – Not macht halt doch erfinderisch.

Out of Mietraching

Klar ist, dass derartige Projekte nicht in konventioneller Weise bis Ende 2016 umgesetzt werden können. Neben der entsprechenden Verkürzung der Planungs- und Genehmigungszeiten sind zeitsparende Bauweisen vonnöten. Das könnte die Stunde innovativer Holzbauweisen sein, die schon Ende 2013 auf einer Exkursion nach Mietraching – einem Gemeindeteil von Bad Aibling – mit der dortigen „City of Wood“ Münchner

Stadträten vorgestellt wurden.

Diese Technologien gestatten endlich auch den Verzicht auf die unter hohem Problemdruck beschafften Wohncontainer-Anlagen. Diese haben zwar mittlerweile eine für den Laien überraschend hohe Qualität erreicht, sind aber alles andere als nachhaltig.

GEWOFAG und GWG

Dies ist mit Sicherheit vor allem aber die „Stunde“ der beiden städtischen Wohnungsgesellschaften GEWOFAG und GWG. Ohne deren zusätzliches Engagement wären die Stadtratsziele Makulatur. Beide Gesellschaften haben sich verpflichtet, noch im ersten Jahr je 500 Wohneinheiten zu bauen, danach je 250. Allerdings natürlich unter der Bedingung, dass die Stadt selbst die nötigen Voraussetzungen wie Grundstücksbereitstellung, Baurecht und Finanzmittelaufstockung erfüllt.

Die GEWOFAG wird sich dabei auf kleine Wohneinheiten (im Mittel 28 qm groß) konzentrieren, bei der GWG wird die mittlere Wohnfläche 53 qm betragen.

GEORG KRONAWITTER

Zum Nach- und Weiterlesen

114-20 V 054371 www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=3967368 
12016-CoWI <http://www.bo-wohnungswirtschaft.de/cms/index.php/erlebbare-konzepte.html> 

Vom Flüchtling zum Münchner Wohnungslosen

Neue Herausforderungen für die Wohnungslosenhilfe

Rund 15.000 Flüchtlinge warten derzeit in staatlichen Unterkünften in München auf die Entscheidung, ob sie bleiben dürfen oder nicht. Erhalten sie die begehrte Erlaubnis zum Bleiben, wird aus dem Flüchtling ein Münchner Wohnungssuchender: Er muss nämlich dann die staatlichen Unterkünfte verlassen und sich selbst um seinen Lebensunterhalt, insbesondere auch um eine Wohnung kümmern.

Viele der Bleibeberechtigten werden auf dem Münchner Wohnungsmarkt zunächst keine Wohnung finden und damit wohnungslos werden. Da dann die Stadt sie unterbringen muss, werden sie von der staatlichen Gemeinschaftsunterkunft in eine städtisch finanzierte Wohnungslosenunterkunft wechseln müssen. Für die Wohnungslosenhilfe in München bringt dies ganz neue Herausforderungen – nicht nur von den Zahlen sondern auch von den Aufgaben her:

Die Flüchtlinge sprechen zumindest zu Beginn

eine andere Sprache. Sozialarbeit braucht deshalb, um überhaupt Zugang zu finden und helfen zu können, Sprachmittler in einem weit größeren Umfang als bisher.

Die Flüchtlinge sind in höchstem Maß daran interessiert, einen Ausbildungs- und/oder Arbeitsplatz zu finden. Hier den Menschen, die aus einem ganz anderen Kulturkreis kommen, Wege zu weisen, Grenzen aufzuzeigen, Zwischenschritte zu empfehlen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, Perspektiven

zu eröffnen – sie auf ihrem Weg in Arbeit und Anerkennung und damit in die Gesellschaft zu begleiten, erfordert von den Fachkräften erhöhte Anstrengungen und neue Kenntnisse. Für beides – intensive Begleitung und Erwerb von Kenntnissen – braucht es Zeit. Die Zahl der Betreuenden in den Unterkünften wird steigen müssen. Helfen kann dabei die in München über die Sozialbürgerhäuser bestehende enge Zusammenarbeit mit den Jobcentern und das dort vorhandene Wissen über die Möglichkeiten der Arbeitsförderung. Diese müssen auf den neuen Personenkreis abgestimmt und voll ausgeschöpft werden.

Kinder werden mit ihren Eltern in den Unterkünften leben und von dort aus in die Kindertagesstätten und Schulen gehen. Sie brauchen trotz der Enge Freiräume, auch Rückzugsräume, um ihre Hausaufgaben machen und lernen zu können. Die Unterkünfte müssen so gestaltet werden, dass Eltern mit ihren Kindern dort überhaupt gemeinsam leben können. Dazu gehören angesichts der geringen Größe der Zimmer genügend Aufenthaltsräume und Spielzimmer für die Zeiten, in denen die Kinder nicht in Kindertagesstätten bzw. Schulen sind.

Viele leiden unter den Folgen der Flucht so erheblich, dass zunächst diese Krankheiten behandelt werden müssen – in der Enge des Containers oder einer Notunterkunft eine fast nicht zu lösende Aufgabe. Die Hilfe von erfahrenen Einrichtungen wie z.B. von *Refugio*, deren Kapazitäten schon heute mehr als ausgelastet sind, wird unverzichtbar sein.

Die Unterkünfte werden über Jahre in den Stadtvierteln als Sondereinrichtungen erkennbar sein. Es bedarf deshalb besonderer Anstrengungen, die Nachbarschaften zu pflegen, sie kontinuierlich zu informieren, immer wieder Kontakte zu ermöglichen und so eine Integration in das Stadtviertel zu erleichtern. Nachbarschaftstreffs und Stadtteilinitiativen zur Integration der Bewohnerinnen und Bewohner sind unerlässlich und bedürfen der verlässlichen Unterstützung.

Die freie Wohlfahrtspflege hat in den letzten 20 Jahren mit tatkräftiger Unterstützung der Landeshauptstadt München und des Bezirks Oberbayern ein beispielgebendes System der Wohnungslosenhilfe aufgebaut. Diese Standards müssen auch mit Blick auf die neuen Anforderungen durch ein abgestimmtes Vorgehen dieser Partner sichergestellt werden.

Container oder andere Behelfseinrichtungen prägen derzeit das Bild und lassen gleich für alle erkennen: Hier wohnen Menschen in Not auf engstem Raum (ca. 7 qm pro Person) – das ist das Gegenteil von Inklusion und bedeutet für die Bewohnerinnen und Bewohner der Notquartiere zusätzlich zur räumlichen Enge eine beständige Stigmatisierung. Eine längerfristige Planung muss deshalb andere Wohnformen als Container vorsehen.

Alle Übergangswohnungen – ob Notquartiere, Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, psychisch Kranke oder Clearinghäuser – können ihre Aufgabe des begleiteten Übergangs nur erfüllen, wenn der allgemeine Wohnungsmarkt in der Lage ist, Menschen aufzunehmen, wenn also preiswerte und geeignete Wohnungen zur Verfügung stehen. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass der Münchner Stadtrat seine Wohnungsbauaktivitäten nochmals verstärken und insbesondere die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen will, deutlich mehr preiswerten Wohnraum zu schaffen als bisher. Auch die Initiative von Münchens OB Dieter Reiter, zusammen mit den Umlandgemeinden und -kreisen mittels einer Wohnungsbauinitiative im Raum München den Neubau von preiswertem Wohnraum zu forcieren, ist ein unerlässliches Mittel, um trotz allen Mangels die Chance auf eine eigene Wohnung zu erhalten.

FRIEDRICH GRAFFE

Friedrich Graffe ist Sozialreferent a.D. der Landeshauptstadt München und Mitglied im Programmausschuss des Münchner Forums.

Arbeitskreise im Mai 2016

Sie haben Lust, etwas für München zu tun? Unsere Arbeitskreise stehen Ihnen offen. Eine E-Mail an info@muenchner-forum.de genügt.

Arbeitskreis ‚Schienenverkehr‘

Leitung: Dr. Wolfgang Beyer
nächstes Treffen: Mi. 18.05.2015, 18:00 Uhr

Arbeitskreis ‚Wer beherrscht die Stadt?‘

Leitung: Bernadette Felsch
nächstes Treffen: Mo. 09.05.2016, 17:00 Uhr

Arbeitskreis ‚Attraktiver Nahverkehr‘

Leitung: Berthold Maier und Matthias Hintzen
nächstes Treffen: Do. 19.05.2016, 18:30 Uhr

Entwurfsprojekt „NEUE HEIMAT – entwicklungsfähiges Wohnen“

Studierende der Technischen Universität München
planen Wohnungsbau in Holzbauweise

Die Landeshauptstadt München steht, wie viele Kommunen, aktuell vor der großen Herausforderung, innerhalb kürzester Zeit adäquate Unterbringungsmöglichkeiten nicht nur, aber auch für Asylsuchende zu stellen. Der Kooperationsentwurf von Architektur- und Bauingenieurstudenten der Professur Entwerfen und Holzbau, Prof. Hermann Kaufmann, und des Lehrstuhls Holzbau und Baukonstruktion, Prof. Stefan Winter, leistet einen Beitrag zur aktuellen Wohnbaudiskussion in München. Im Rahmen des Entwurfes sollte ein Gebäude geplant werden, das zunächst als dringend benötigte Gemeinschaftsunterkunft dienen, sich dann aber den verändernden Bedürfnissen der Bewohner anpassen kann und „entwicklungsfähig“ ist.

Betrachtet man realistisch den Zeitraum, den Asylsuchende vom Zeitpunkt der Stellung des Asylantrages bis zum Asylbescheid warten müssen, so handelt es sich nicht nur um Wochen, sondern um Monate; in einigen Fällen sogar um Jahre. In dieser Zeit, der sogenannten „Phase II“, ist ein Großteil der Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Wird der Asylantrag positiv beschieden, dürfen bzw. müssen die betroffenen Personen sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung

entgegensetzt werden, die zunächst, in „Phase II“, schnell die Unterbringung für Asylsuchende erlaubt, dann aber, wenn der Asylantrag positiv beschieden wird, in „PHASE III“ auch eine längerfristige Perspektive zum „Wohnen“ bietet, indem es die Möglichkeit eröffnet, die Struktur „weiterzubauen“, „auszubauen“, „umzubauen“ oder auch an sie „anzubauen“ (s. Abb. 1).

Hierbei stand die Auseinandersetzung mit dem materialspezifischen Entwurfs- und Konstruktions-

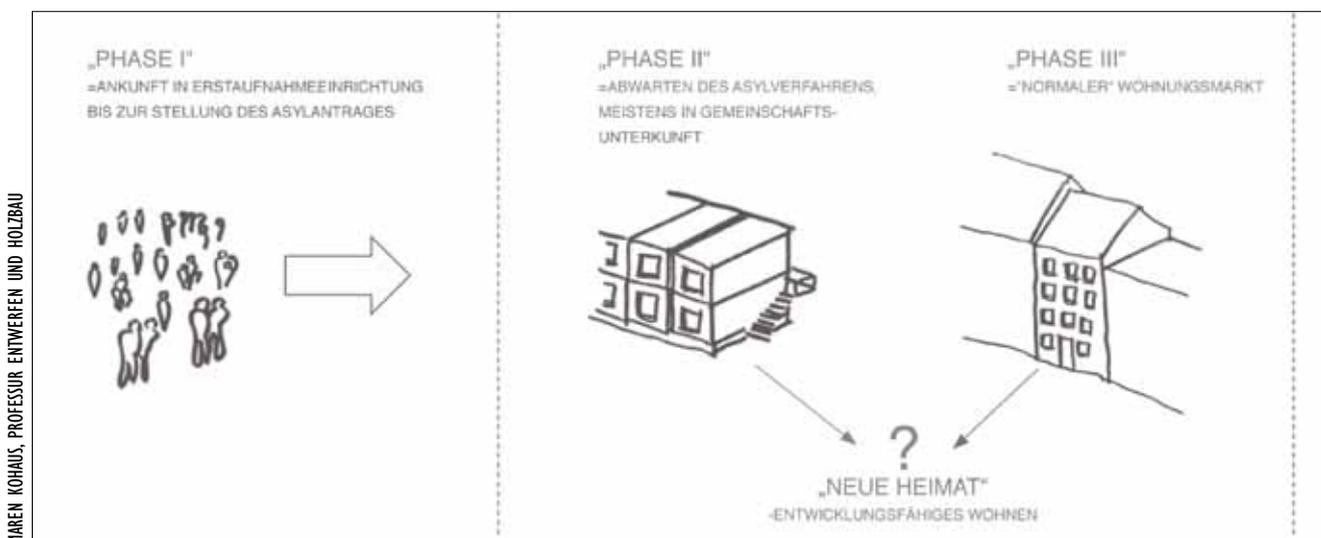


Abb.1: Grafik zur Verdeutlichung des Entwurfsthemas „Neue Heimat – entwicklungsfähiges Wohnen“

suchen. Dies erweist sich in Großstädten wie München oftmals als sehr schwierig. Eine zeitlich längere Unterbringung in „Heimen für Wohnungslose“ schließt sich dann an, bei der es sich abermals um eine Gemeinschaftsunterkunft handelt.

Ein psychologisches „Ankommen“ als Grundvoraussetzung zur Integration wird dadurch weiter verzögert. Dem sollte im Entwurf eine bauliche Struktur

prozess des mehrgeschossigen Holzbaus im Vordergrund, einhergehend mit Überlegungen, vorgefertigte Elemente als standardisierte, zweidimensionale Wand-/ Deckenelemente oder dreidimensionale Raumzellen zu entwickeln.

Ungeachtet dessen bietet das Material Holz mit seinem natürlichen ökologischen Potenzial als nachwachsender Baustoff die Möglichkeit, ressour-



Abb. 2: Das Grundstück des fiktiven Entwurfes befindet sich an der Alten Messe an der Ganghoferstraße und den Bahngleisen, Modellfoto Entwurf „Kompakt!“

censchonend einen Beitrag zum ökologischen Bauen und damit zum Klimaschutz zu leisten.

Die Leistungs- und Einsatzfähigkeit der entworfenen baulichen Struktur wurde von den Studierenden auf einem konkreten innerstädtischen Grundstück in



Abb. 5 Das Grundstück des fiktiven Entwurfes befindet sich an der Alten Messe an der Ganghoferstraße und den Bahngleisen, Modellfoto Entwurf „twist“

der Nähe der Alten Messe München, an der Ganghoferstrasse, also bewusst nicht außerhalb der Stadt, als fiktive Planung nachgewiesen (siehe Modellfotos Abb 2. und Abb. 5).

Bei der Bearbeitung des Entwurfes wurde auch untersucht, wie knapp Individualräume als private Rückzugsorte unter Berücksichtigung der sonst angebotenen Flächen ausfallen können. Die Mindestraumgrößen für Individualräume und gemeinschaftliche Bereiche innerhalb einer Wohneinheit wurden sowohl in „Phase II“ als auch in „Phase III“ neu überdacht und extrem reduziert.

Der Entwurf „Kompakt!“ (Studierende: Anna-Theresa Braun, Anne Gruber, Andreas Lorenz, Matthias Beutelrock) schlägt als Lösung für „Phase II“ eine 38 qm große Drei-Zimmer-Wohnung für vier Personen vor (s. Abb. 4a). Sie ermöglicht in einer zwar dicht belegten, aber angenehm kleinen Gemeinschaftsunterkunft privaten Rückzug und sogar einen gemeinsam genutzten Bereich. Durch Zuschalten oder Abtrennen von Zimmern in der dann folgenden Phase kann sie in eine Ein-Zimmer-Wohnung bis hin zu einer Fünf-Zimmer-Wohnung mit 52 qm verändert werden (s. Abb. 4b), ohne die statische Struktur inklusive Sanitärkerne anzutasten.

Der Entwurf „twist“ (Studierende: Simone Schiller, Sina Hauswurz, Cornelius Kremer, Nelli Gress) ermöglicht durch den Wechsel des Erschließungssystems eine Weiterentwicklung: Die charakteristische Mittelgangerschließung der Gemeinschaftsunterkünfte (s. Abb. 7a) wird zu einer Laubengangererschließung (s. Abb. 7b). Durch Wegfall der nicht tragenden Flurwände können sich neue, unterschiedlich große Wohneinheiten entwickeln.

Dies sind nur zwei Beispiele, wie die Studierenden versucht haben, Unterkünfte für Asylantragstellende zu entwerfen, die sich im Laufe der Zeit



Abb.3a und 3b: Die Standardisierung der Bauteile muss auch im städtischen Kontext zufriedenstellende Möglichkeiten bieten. Dargestellt sind hier die Grundrisse eines Regelgeschosses in „Phase II“ und die Umwandlung in Wohnungen für den freien Wohnungsmarkt, „Phase III“ (Entwurf „Kompakt!“)



Abb. 4a: Wohneinheit für „Phase II“: 3-Zimmer WG mit ca. 38 qm für max. 4 Personen; 9,45 qm/Person (Entwurf „Kompakt!“)



Abb. 4b: Nachweis der Flexibilität der Struktur für „Phase III“: „Micro“-Wohnungen von 1-Zimmer (23 qm) bis 5-Zimmer (52 qm) sind möglich (Entwurf „Kompakt!“)

ABB. 4A/B: STUDENTENGRUPPE „KOMPAKT“, GENEHMIGUNG MIT NAMENSÄNDERUNG

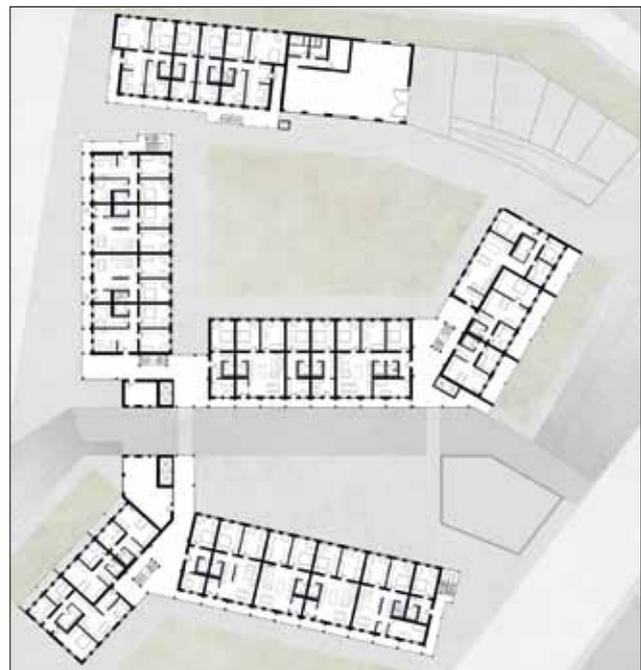


Abb. 6a und b: Die Standardisierung der Bauteile muss auch im städtischen Kontext zufriedenstellende Möglichkeiten bieten. Dargestellt sind hier die Grundrisse eines Regelgeschosses in „Phase II“ und die Umwandlung in Wohnungen für den freien Wohnungsmarkt in „Phase III“ (Entwurf „twist“)

mit den Bewohnern verändern und zu einer „Neuen Heimat“ werden können. Der Prozess der baulichen Veränderung innerhalb der baulichen Struktur kann auch in unterschiedlichen Zeiträumen ablaufen: In einem Gebäudeteil oder Geschoß kann sich (noch) eine Gemeinschaftsunterkunft befinden (s. Abb. 3a/b bzw. Abb. 6a/b), in einem anderen haben sich schon Familienwohnungen oder Wohngemeinschaften, z.B.

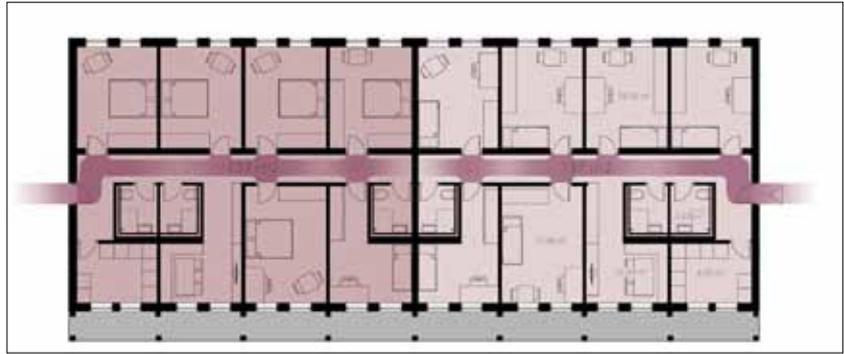
Studenten- oder Senioren-WGs, entwickelt. Das Zusammenleben von unterschiedlichen Nutzergruppen soll die Integration fördern. Innerhalb eines Zeitraums von ca. 5 bis 10 Jahren, so die Überlegungen, sollte sich die bauliche Struktur dann ganz selbstverständlich in den Wohnungsmarkt einfügen.

Aufgrund der Zusammenarbeit von Architektur- und Bauingenieurstudenten hat der Münchener

Architekten- und Ingenieur-Verein e.V. (MAIV) diese hier erwähnten Studentenarbeiten mit dem diesjährigen MAIV-Studienpreis ausgezeichnet. Das Projekt „Kompakt!“ hat bei der Ideenwerkstatt „Wohnraum für Alle“, ausgelobt vom Werkbund, eine „Auszeichnung“ erhalten.

MAREN KOHAUS

Frau Dipl. Ing. Arch. Maren Kohaus ist selbstständige Architektin in München und seit 2012 als Akademischer Rat an der Professur Entwerfen und Holzbau der TU München tätig. Sie betreute gemeinsam mit ihren Kollegen Christian Schühle und Quirin Stoiber sowie den Bauingenieurkollegen Samuel Ebert und Stefan Loebus vom Lehrstuhl Holzbau und Baukonstruktion den Entwurf „Neue Heimat – entwicklungsfähiges Wohnen“ im Wintersemester 2015/2016.



STUDENTENGRUPPE „TWIST“, GENEHMIGUNG MIT NAMENSCHENNUNG

Abb. 7a und b: Die charakteristische Mittelgangerschließung der Gemeinschaftsunterkünfte der „Phase II“ entwickelt sich zu einer Laubgangerschließung in „Phase III“. Diese Veränderung müsste geschossweise geschehen (Entwurf „twist“)

Leserbrief

Das Kunstareal als „Agora“ – St. Markus als geistiger „FreiRaum“

Mit großem Interesse habe ich die „Standpunkte“ des Münchner Forums vom März 2016 gelesen und wahrgenommen, dass die „Agora“-Vision von Herrn Redlich und vom Münchner Forum vertreten wird. Das hat mich „beflügelt“, meine Gedanken zur Bedeutung der Markus-Kirche als Teil der „Agora Kunstareal“ und zur Gestaltung des „Markusplatzes“ Herrn Redlich zu übermitteln.

Dass die Markus-Kirche für ihre Zugehörigkeit zum Kunstareal werben muss, sollte eigentlich unnötig sein. Sie gehört zusammen mit LMU sowie Alter und Neuer Pinakothek zu den ältesten Einrichtungen vor Ort und leistet seit fast 140 Jahren fortwährend essentielle Beiträge auf dem Gebiet von Kunst, Kultur und Wissen. Vielen Menschen fallen dazu wahrscheinlich das Wirken von Karl Richter und des damaligen Bachchors sowie Universitätsgottesdienste ein.

Die Kirchenrenovierung von St. Markus 2010 jedoch ist ein Beitrag zur bildenden Kunst im Kunstareal per se. Schaut man auf die Inhalte, die unter

dem Dach dieser Kirche stattfinden, so kann man die Schönheit und Wirkung des Kirchenraumes als geistiger „FreiRaum“ in diesen Tagen nur bewundern und genießen. Dank geglückter spiritueller, kommunikativer und musikalischer Projekte gilt dies für Gegenwart und Zukunft.

Aus dem Beitrag von Herrn Fürstenberg zu Belo Horizonte entnehme ich, dass der dortige „Circuito Cultural“ ebenso ein „offenes demokratisches Projekt“ ist, um „den bürgerschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, die Volksbildung zu verbreitern und den Tourismus zu stärken...“ Ich denke, treffender kann man auch den Auftrag des Kunstareals München nicht umschreiben, selbst wenn in München die regionalen Inhalte nicht im Vordergrund stehen.

WOLFGANG SCHENK, PFARRER I.R., MÜNCHEN

„Wohnräume“ Hoffnung aus Mietraching

Nein, man muss Mietraching nicht unbedingt kennen. Aber man sollte es. Spätestens seit Impulse aus diesem Gemeindeteil von Bad Aibling die Münchner Stadtpolitik bei einer der drängendsten Aufgaben, der Schaffung von preisgünstigem, aber nachhaltigem Wohnraum, beeinflussen.

Dabei hatten schon Ende 2013 eine Reihe Münchner Umwelt- und Planungsstadträte auf einer Exkursion nach Mietraching, einem Ortsteil von Bad Aibling, Gelegenheit, die dortige „City of Wood“ vorgestellt zu bekommen. Und zwar von ihren drei maßgeblichen Akteuren: dem Münchner Architekten Arthur Schankula, dem Zimmerer Josef Huber aus Bachmehring und – vor allem – dem Wohndienstleistungsunternehmer Dr. Ernst Böhm (B&O Gruppe) aus Grafing.

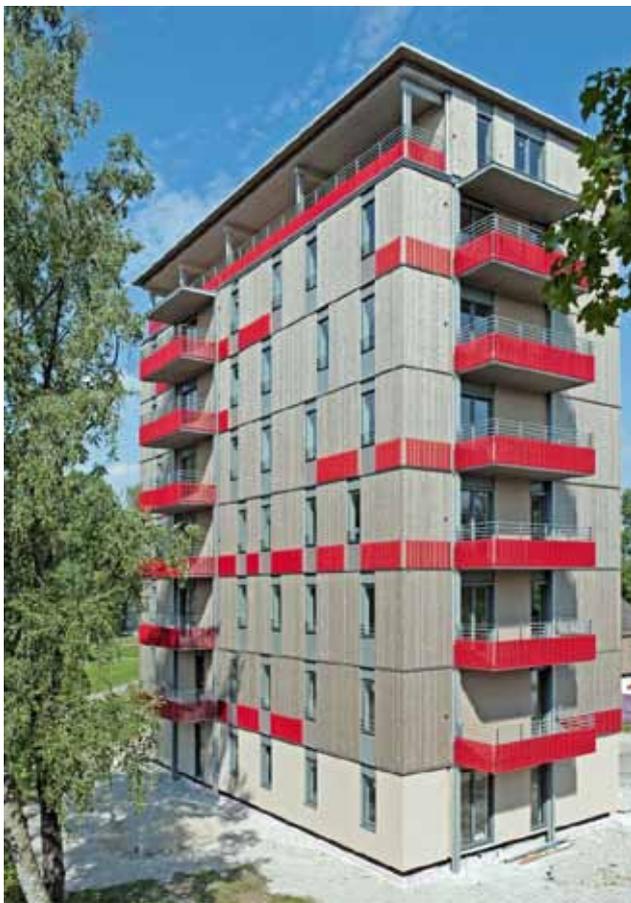


FOTO: HOLZ 8 BAD AIBLING © HUBER & SOHN

Holz 8, achtgeschossiges Haus aus Holz, Bad Aibling

Die „City of Wood“

Die City of Wood ist ein beeindruckendes Beispiel, wie unternehmerischer Geist beherzt Chancen ergreift, aus einem städtebaulichen Aschenbrödel ein Vorzeigeprojekt zu machen. Und dabei viele aktuelle Aufgaben beim Wohnungsbau lösen kann, wie Kostengünstigkeit und niedrigen Energieeinsatz. Nebenbei wird auch noch ein Beitrag zur Humanisierung

der (Bau-)Arbeitswelt geleistet. Klingt zu schön, um wahr zu sein?

Einfach der Reihe nach: Vor gerade mal 10 Jahren erwarb die B&O Gruppe das Gelände des 1936 angelegten Fliegerhorstes Mietraching als Konversionsfläche. Auch vielen Münchnern dürfte das Gelände zumindest von der Ferne bekannt sein, wenn sie von der Rosenheimer Landstraße aus die riesigen Ballonhüllen der US-Abhöranlagen sahen, die bis 2004 in Betrieb waren.

Ziel der B&O Gruppe war die Errichtung eines neuen Stadtviertels für Bad Aibling, eines Stadtviertels, das als Pilotprojekt innovativer, nachhaltiger Bauweisen dienen sollte. Daher wurde der Fokus auf den Baustoff Holz gelegt, dessen Eignung für stadtypische Formen wie mehrstöckiger Geschößwohnungsbau zu beweisen war. Nachhaltig sollte aber auch die Weiterverwendung „Ami-Siedlung“ sein.

Ernst Böhm formuliert es so: „Als eines der ersten Projekte wurde die Kaserne Bad Aibling unter dem Titel „Auf dem Wege zur Nullenergiestadt“ in das Forschungsvorhaben „EnEff Stadt“ des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie aufgenommen. Ziel dieser Forschung ist es, bestehende Technologien und Prozesse zur Demonstration darzustellen. In Bad Aibling kann dies im Quartiers- bzw. Stadtteilmaßstab abgebildet werden, weshalb dieses Objekt in diesem Forschungsprojekt einzigartig ist.“ (2012/)

Holzbau bis an die Hochbaugrenze

Im Zuge der Umsetzung des Projektes ist es der B&O Gruppe gelungen, mehrgeschossige Holzwohnbauten unter Beachtung aller rigiden (und manchmal wohl auch überzogenen) Bau- und Brandschutzvorschriften praxistauglich zu entwickeln. Paradestück ist das Holz 8 genannte achtgeschößige Haus, das an die Hochhausgrenze herankommt (Bild).

Warum ist diese Bauweise auch für München so interessant? Da wäre als erstes die extrem kurze Bauzeit vor Ort von ca. 1 Tag pro Stockwerk zu nennen, was gerade im engen innerstädtischen Kontext ein Segen ist – auch für die Anwohner. Diese kurze Bauzeit ist dem hohen Maß an Vorfabrikation im Holzbaubetrieb geschuldet. Und hier kommt ein anderer wichtiger Aspekt zum Tragen: die Zimmerer müssen nicht wochenlang auf der Baustelle arbeiten, sondern

haben am Heimatort familienfreundliche, geregelte Arbeitszeiten. Das vermeidet erheblich die bekannten Abwanderungstendenzen aus den Bauberufen. Diese Aspekte hat der Juniorchef von Huber & Sohn aus Bachmehring (/2013Zimmerei/) bei besagter Stadtratsexkursion 2013 hervorgehoben.

Zurück zur Technik: Die Holzbautechnik eignet sich aufgrund des deutlich geringeren spezifischen Gewichts besonders auch für aufgeständerte Überbauungen oder für Aufstockungen, ohne die Statik des darunterliegenden Bestandsgebäudes zu überfordern. Die städtische Münchner Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG hat bei einigen Nachverdichtungsprojekten in den letzten Jahren genau diesen Weg eingeschlagen.

Dass nun ein Parkplatz beim Dantestadion einen geständerten Holzwohnbau aufnehmen soll, geht direkt auf die Empfehlungen des Ebersberger SPD-

Kreisrates Dr. Böhm auf einem Wohnbauparteitag der Münchner SPD zu Beginn des Jahres zurück. Vielleicht kann er schon Ende des Jahres die Einweihung mitfeiern. *Mietraching goes Munich* – oder so. Und: Mietraching ist durchaus eine Reise wert.

GEORG KRONAWITTER

Dr. Georg Kronawitter war Stadtrat von 2008 bis 2014 und ist Mitglied im Münchner Forum.

Quellen

/2012/ http://www.forum-holzbau.ch/pdf/lihf12_boehm.pdf 

/2013Zimmerei/ http://test.petersterr.de/wp-content/uploads/2013/06/Holzhoehhaus_pw.pdf 

/2016-CoWi/ <http://www.bo-wohnungswirtschaft.de/cms/index.php/erlebbare-konzepte.html> 

Wir machen das! Wohnraum für alle und Home not Shelter

Die Ausstellung fand vom 10. März – 9. April 2016 in der Architekturgalerie München statt.

Gezeigt wurden ausgewählte Projekte der Ideenwerkstatt ‚Wohnraum für Alle‘ des Deutschen Werkbundes Bayern zusammen mit den besten Studentenentwürfen von ‚Home not Shelter!‘ der Hans-Sauer-Stiftung mit verschiedenen Hochschulen. Die Konzepte und Entwürfe wurden unter den Themenkomplexen Integration, Nachverdichtung, Flexibilität, Innenausbau, Selbstbau und Modulare Systeme gegliedert.

Wohnraum für alle

Die Initiative entstand von Menschen aus Planungsberufen und der Immobilienbranche für gute und bezahlbare Wohnungen, nicht nur für Flüchtlinge. Seit Dezember 2015 hat der Deutsche Werkbund Bayern e.V. die Trägerschaft übernommen.

Im Rahmen einer Ideenwerkstatt konnten Fachleute und Firmen ihre Ideen und Konzepte für gut gestalteten, schnell zu realisierenden, bezahlbaren und die Integration fördernden Wohnungsbau einreichen. Den Flyer zur Aufgabenstellung finden Sie hier: http://wohnraum-fuer-alle.de/wp-content/uploads/2015/12/20151208_Ideenwerkstatt_Wohnraum-fuer_alle.pdf 

Ein Expertengremium hat die eingereichten Beiträge begutachtet und Empfehlungen ausgesprochen. Die Broschüre mit den Entwürfen und den Expertenstatements finden sie hier: http://wohnraum-fuer-alle.de/wp-content/uploads/2016/04/Broschuere_Ideenwerkstatt_Wohnraum_fuer_alle.pdf 

Auf Grundlage der im ersten Schritt gewonnenen

Konzepte und unter Beteiligung ihrer Urheber sollen nun Wohnungen auf mehreren Arealen verwirklicht werden. Zur konkreten Umsetzung der Ideen werden derzeit Bauherren und Grundstücke gesucht.

Home not Shelter

Unter dem Motto: ‚Schaffung von leistbarem Wohnraum für sozial benachteiligte Menschen‘ entstand das Projekt ‚Home not Shelter!‘, also sinngemäß etwa „eine Heimstatt statt Unterschlupf“. Studierende haben in Gruppenarbeit ein Semester lang Entwürfe erarbeitet, wie ein Wohnen in Gemeinschaft von Studierenden und MigrantInnen aussehen kann. In diesem Projekt sollten Potentiale der Architektur und Stadtplanung ausgelotet werden. Umsetzbare Strategien, die nicht nur menschenwürdige Lebensräume, sondern auch sozialräumlich günstige Voraussetzungen für Integrationsprozesse schaffen, sollten entwickelt werden. Beteiligt haben sich die Technische Universität (TU) Berlin, die TU München, die Leibniz Universität Hannover, die Jade Hochschule Oldenburg, die TU Wien sowie die Detmolder Schule für Architektur und Innenarchitektur. Initiiert und unterstützt wurde das Projekt von der Hans-Sauer-Stiftung in München.

BARBARA SPECHT

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://homenotshelter.com/> 

<http://www.hanssauerstiftung.de/foerderung/home-not-shelters/> 

<https://www.facebook.com/homenotshelter/> 

<http://wohnraum-fuer-alle.de/> 

Keine Angst vor Partizipation! – Wohnen heute

Ausstellung vom 17.3. bis 12.6.2016

Der Wohnungsbau in den europäischen Großstädten steht angesichts der nicht nachlassenden Verstärkung, eines beförderten Interesses an Wohneigentum und einer sich steigernden Differenzierung von Wohnbedürfnissen gegenwärtig vor dramatischen Herausforderungen. Die wichtigsten Fragen sind dabei die nach der notwendigen und möglichen städtebaulichen Dichte, einer ausgeglichenen sozialen Mischung und nach der Wohnqualität. Als Reaktion auf den von wirtschaftlichen Faktoren bestimmten Wohnungsmarkt entstehen gegenwärtig neue Bauinitiativen. Nach individuellen Anforderungen und selbstbestimmten Organisationsformen ausgerichtet, folgen diese Wohnprojekte von Baugemeinschaften bzw. Genossenschaften einem gemeinsamen Ansatz: Partizipation!

Das Architekturmuseum der TU München stellt zwölf aktuelle Projekte kooperativen Bauens vor, die jeweils nach ihrer inhaltlichen Ausrichtung, dem Entstehungsprozess, der baulichen Umsetzung, der Verwaltungsstruktur und den Formen des Zusammenlebens befragt werden. Jedes Projekt weist dabei ein eigenes, individuelles Profil auf. Zu den gezeigten Beispielen zählen aktuelle Quartiersentwürfe wie das für das Hunziker-Areal in Zürich (Baugenossenschaft ‚mehr als wohnen‘) oder WagnisART auf dem Domagkgelände in München (wagnis eG) wie auch Bauvorhaben bereits etablierter und sich erweiternder Genossenschaften wie Sargfabrik Wien oder Kraftwerk 1 Zürich. Alle Wohnprojekte verfolgen integrative, generationsübergreifende und nachbarschaftliche Ansätze. Diese sind grundlegend für das bauliche Raumprogramm, das sich durch offene und flexible Strukturen und neue Grundrisslösungen auszeichnet – und darin liegt ihre Aktualität. Alle gemeinsam werfen sowohl die Frage nach der Schnittstelle zwischen den Bedürfnissen der Bewohner und den Gestaltungsmöglichkeiten und zukünftigen Aufgaben des Architekten in diesen gesellschaftlich bedingten Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen auf als auch nach den politischen Rahmenbedingungen, die solche Experimente möglich machen.

Zu fünf ausstellungsbegleitenden Abendveranstaltungen werden Gäste aus den Bereichen Genossenschaften, Politik und Architektur eingeladen, um die verschiedenen Möglichkeiten, Modelle und Umsetzungen in ihrer Entwicklung, aber auch hinsichtlich



ihrer Tragfähigkeit und Relevanz für die Zukunft zu diskutieren.

Programm

In speziell für die Ausstellung entstandenen filmischen Beobachtungen von HyggeTV (Lene Harbo Pedersen/Jörg Koopmann) werden die einzelnen Wohnprojekte porträtiert. Zeichnungen von Sabine Hirsig. Die Ausstellung wurde kuratiert von Hilde Strobl.

Eine Kooperation des Architekturmuseums der TU München mit der mitbauzentrale münchen.

Ausstellungsgestaltung: KW NEUN Grafikagentur (Grafik) und Kofink Schels.

Die Ausstellung wird unterstützt durch den Förderverein des Architekturmuseums der TU München

Projektpartner: BDA Landesverband Bayern und Hans-Sauer-Stiftung

Weitere Informationen: <http://www.architekturmuseum.de/ausstellungen/aktuell/das-prinzip-coop/>

Bellevue di Monaco* – jetzt haben wir die Schlüssel!

Am 15. Oktober 2012 wurde die erste Demo zur Rettung des Bolzplatzes an der Glockenbachwerkstatt veranstaltet. Am 7. April 2016 hat die aus der Bürgerbewegung entstandene Sozialgenossenschaft mit der Stadt München einen 40-jährigen Erbbaurechtsvertrag für die Gebäude Müllerstraße 2-6 im Gärtnerplatzviertel abgeschlossen, um dort ein Wohn- und Kulturzentrum für Geflüchtete zu errichten.



FOTO: BELLEVUE DI MONACO

Bei der Renovierungsaktion zur Zwischennutzung werden am Haus Müllerstraße 2 die Fenstergitter entfernt.

Das kann man mal so hintereinander hinschreiben. Eine konsequente Entwicklung ist es eigentlich erst in der Rückschau. Denn daran, dass wir selber einmal Besitzer dieser Häuser werden würden, dachten wir frisch Kommunalpolitisierten vor dreieinhalb Jahren unter unseren Gorillamasken eigentlich nicht. Das Thema hieß noch städtischer Leerstand, und das Ensemble Müllerstraße war ja sogar, nach dem Abrissbeschluss des Stadtrats vom Februar 2014, im Grunde schon verloren gegeben. Dass sich das Blatt dennoch wendete, war das Ergebnis einer Reihe von unerwarteten Wendungen, neuen Bekanntschaften, vielleicht auch Einsichten durch Politik und Verwaltung und – unserer Hartnäckigkeit.

Aber für so eine Rückschau bleibt keine Zeit. Denn nach Umwidmung, Ausschreibung, Bewerbung und Vergabe gingen am „8. April 00:00 Uhr Besitz, Nut-

zen und Lasten auf den Erbbauberechtigten über“, wie es im Vertrag so schön heißt. Also auf uns, die „Gemeinnützige Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco eG“.

Das heißt, jetzt haben wir die Schlüssel, und es geht eigentlich erst richtig los! Die Sanierung muss durchgeführt und finanziert werden, dazu muss weiterhin die Trommel zur Anwerbung neuer Genossenschaftsmitglieder* gerührt und Spenden und Stiftungsgelder akquiriert werden.

Da sich das gesamte Projekt ja auch aus der Kritik an zu langwierigen, überfrachteten und teuren Baumaßnahmen entwickelte, wollen wir diese Kritik nun auf keinen Fall auf uns ziehen. Gut, dass wir die Wartezeit genutzt und bereits im Januar dieses Jahres aus 6 geladenen Architektenbüros das Büro „Hirner und Riehl Architekten und Stadtplaner BDA“ zur Planung der Instandsetzung ausgewählt haben! Diese unterstützen in ihrem Sanierungskonzept unsere Forderung nach Pragmatismus im Umgang mit dem Bestand. Flexibilität in der Reaktion auf Baubefunde, Erhalten statt Ersetzen oder Verändern, Lowtech statt Hightech sollen als der absolute Normalfall gelten.

Die Sanierung soll gebäudeweise stattfinden, das Ensemble als ganzes soll weiterhin „in Betrieb“ bleiben bzw. in seinen neuen Funktionen sukzessive in Betrieb gehen. Die meisten Wohnungen sind momentan über die städtische Jugendhilfe besetzt, es gibt aber auch reguläre Bestandsmieter. Mit diesen werden wir in den nächsten Wochen eine verträgliche Lösung finden, um sie während der Sanierung umzusetzen, wenn möglich innerhalb des Ensembles. Wegen uns wird natürlich keiner seine Wohnung verlieren!

Der Fahrradladen in der Müllerstraße 6 konnte durch den von uns verhinderten Abriss zwei Jahre länger als ursprünglich vorgesehen zu sehr günstigen Zwischenmiet-Konditionen im Eckgeschäft verbleiben. Im Ladenlokal wird auf alle Fälle das Kernstück des Begegnungszentrums, das Bellevue Info-Café eingerichtet werden, wie dies ja auch durch das Nutzungskonzept der Stadt München vorgegeben ist. Momentan versuchen wir in unseren Netzwerken

und in Absprache mit dem Kommunalreferat andere Mietobjekte aufzuspüren, um dem Gewerbetreibenden bei seiner Suche nach einem neuen Standort behilflich zu sein.

Am Wochenende 23./24. April wurde in einer konzertierten Aktion von ehrenamtlichen Helfern die Müllerstraße 2 einer schnellen und einfachen Renovierung unterzogen. Telefon, Internet und sanitäre Einrichtungen sind bereits vorhanden und funktionsfähig. Die Leitung der Generalsanierung sowie erste Veranstaltungen und Beratungen können nun vor Ort organisiert werden.

Neben der Vorbereitung des Bauantrags zur Sanierung wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Wochen sicherlich sein, die überbordende Hilfsbereitschaft der Münchner zu strukturieren. Dies soll durch weitere Vernetzungsarbeit mit anderen Hilfsorganisationen und der Schulung von Ehrenamtlichen

geschehen. Auch ein erstes Kulturprogramm kann in kleinem Rahmen stattfinden.

Hauptanliegen des Projektes ist es, das Thema Flucht und Migration von den Stadträndern in die Mitte der Stadtgesellschaft zu bringen. Denn das Bellevue ist kein „Feel Good Projekt“ des Szeneviertels Glockenbach. Als Plattform für Begegnung und Vernetzung soll es für Geflüchtete und Helfer aus allen Teilen Münchens als Anlauf- und Begegnungsstätte in der Innenstadt nutzbar sein!

CHRISTIAN GANZER

Grisi Ganzer arbeitet bei der Lach- und Schießgesellschaft und ist Mitinitiator von „Goldgrund Immobilien“ und „Bellevue di Monaco“

**) Apropos: Werden auch Sie Mitglied! Infos unter www.bellevedimonaco.de*

Alles bleibt anders ... weil eine (Stadt-)Gesellschaft ‚Hoffnungsräume‘ braucht und bieten muss ...

Refugio München war seit Gründung 1994 immer mehr als ein Therapiezentrum. Es ging und geht darum, Schutz suchenden Menschen das zu ermöglichen, was sie am dringlichsten benötigen: therapeutische Begleitung und Perspektiven zur sozialen Integration.

Refugio München wird u.a. durch den Förderverein Refugio unterstützt. Der wirbt regelmäßig mit der Aufforderung „Schenken Sie morgen“ um neue Spender und Förderer. Was bedeutet diese Aufforderung? Menschen, die aus den verschiedensten Gründen ihre Heimat verlassen mussten – etwa, weil sie Terror, Krieg und Gewalt ausgesetzt waren – sehnen sich nach einer friedlichen Zukunft. Sie wollen auf eine Zukunft blicken, die ihnen und ihren Familien Sicherheit, Anerkennung und Perspektiven bietet. Ein gleichermaßen simpler wie nachvollziehbarer Wunsch.

Dieser Traum wird mindestens von so vielen Menschen weltweit geträumt wie es Männer, Frauen und Kinder gibt, die direkt oder indirekt von kriegerischen Konflikten betroffen sind. Die Zahl derjenigen, die zu uns kommen, ist in dem Maße gestiegen, wie Not und Gewalt andernorts eskalierten.



FOTO: MARIO JUNGHÄNEL, REFUGIO MÜNCHEN

Die Bilder und Collagen, die die jungen Geflüchteten während der Therapie bei Refugio München erstellen und arrangieren, sind Ausdruck ihrer Sehnsucht nach sicheren Räumen und einer gelingenden Zukunft.

Zurück zu Refugio München. Was kann ein Team, das aktuell aus 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, etwa 100 Ehrenamtlichen und vielen Helferinnen und Helfern besteht, tun, um diese „Hoffnung für morgen“ zu nähren?

Das Wort „Hoffnungsräume“ ist in diesem Zusammenhang ein treffendes. Die Hoffnung, die Refugio München anbieten kann, entsteht dabei nicht zufällig. Die Aufgabe des Beratungs- und Behandlungszentrums ist, stabile Lebensverhältnisse für die Betroffenen zu schaffen. Stabilität umfasst dabei mehrere Aspekte. Sie ist zunächst die Abwesenheit von Bedrohung. Sie speist sich aus Offenheit für die Belange der Geflüchteten. Eine förderliche Stabilität setzt außerdem psychotherapeutische Behandlung voraus, wenn sie angezeigt ist. Und last, but not least – Stabilität entsteht dann, wenn Geflüchtete die Chance erhalten, wirklich anzukommen – teilhaben zu können. Insofern gehört der zweite Teil – die Beratung und Begleitung in sozialen Fragen – zum essentiellen Teil der Arbeit von Refugio.

Und auch das umfasst Stabilität: Refugio geht mit seiner Kunstwerkstatt für Flüchtlingskinder in die Unterkünfte, am Luise-Kiesselbach-Platz gibt es kreative Angebote für Jugendliche; zudem ermöglichen muttersprachliches Elterntraining und das Projekt In-

iko das Erstarren der oft traumatisierten Menschen.

Refugio steht in diesem doppelten Sinne für „Hoffnungsräume“. Das psychosoziale Zentrum bietet geschützte Räume für Beratung und Behandlung. Und Refugio steht in einem erweiterten Verständnis für Räume im Sinne von Ermöglichung der Entfaltung aller Klientinnen und Klienten.

Die (Stadt-)Gesellschaft in München muss diese Räume – trotz eines rauer werdenden Tons auch aus der Mitte dieser Gemeinschaft – offenhalten, sie erweitern und schützen. Ob München tatsächlich bunt ist, muss sich spätestens an dieser Frage entscheiden. Die Chancen dafür stehen in einer reichen, lebendigen und erwiesenermaßen toleranten Zivilgesellschaft sehr gut. Gute Voraussetzungen für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit von Refugio München.

MARKO JUNGHÄNEL

Marko Junghänel ist Mitglied des Vorstands im Förderverein Refugio München. Er arbeitet als freiberuflicher PR-Berater in München.

Begegnungsräume: Auf gute Nachbarschaft Alt eingesessene Messestädter und neu zugezogene Flüchtlinge legen gemeinsam einen Garten an

Im Februar 2016 wurde die Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge an der Willy-Brandt-Allee in der Messestadt eröffnet. Während der Osterferien 2016 haben Ehrenamtliche nun gemeinsam mit Bewohnern der Unterkunft einen Teil der Außenanlagen gestaltet. Ziel war es, eine attraktive Aufenthaltsalternative zum beengten Wohnraum der Unterkunft zu schaffen. Gleichzeitig profitiert die gesamte Nachbarschaft von einer ansprechend gestalteten Anlage.

Sechs Tage lang wurde in den Außenanlagen hinter der Gemeinschaftsunterkunft gehämmert, gesägt und gehobelt, gegraben, geharkt und gepflanzt. Um die zwanzig Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft, zwölf Schülerinnen und Schüler und vierzig weitere Ehrenamtliche arbeiteten mit. Das Ergebnis sind zwei gemütliche Sitzecken mit Sonnendach, eine Multifunktionsfläche für Spiel und Sport und Beete mit Blumen, Sträuchern und Bäumen.

Angeleitet wurden die freiwilligen Mitarbeiter durch den Schreiner und Sozialpädagogen Robert Schmidt-Ruii. Dessen Olchinger Firma mit dem aussagekräftigen Namen „gemeinsam gestalten“ ist auf Beteiligungsprojekte spezialisiert. Schmidt-Ruii hat unter der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bereits zahlreiche Schulhöfe und Spielplätze geplant



FOTOS: ANNA HOCHSTEDER

Gestaltung der Außenanlage in der Gemeinschaftsunterkunft an der Willy-Brandt-Allee

und gebaut.

Bürgerschaftliches Engagement hat in der Messestadt Tradition. In dieser Tradition steht auch der Helferkreis Messestadt – ein loser Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft engagieren. Der Helferkreis konnte den Maßnahmeträger München-Riem GmbH (MRG) für die Rolle des Bauherrn gewinnen, der mit Hilfe der Stadt auch die Finanzierung sicherstellt. Otto Steinberger, der Vorsitzende des Bezirksausschusses 15, unterstützte den Helferkreis als Fürsprecher gegenüber den städtischen Stellen. Trotz Zeitdrucks und Arbeitsüberlastung begegneten das Baureferat, und hier insbesondere das Gartenbaureferat, dem Projekt mit großer Offenheit und Flexibilität.

Bis es im Garten hinter der Gemeinschaftsunterkunft grünt und blüht, wird es noch ein paar Wochen dauern. Doch bereits jetzt lässt sich hier eine weitere gute Messestädter Tradition erkennen: Der Stadtteil ist nicht nur für sein bürgerschaftliches Engagement, sondern auch für seine schönen Innenhöfe bekannt. Dank der vielen freiwilligen Helfer und großzügigen Unterstützer ist die Messestadt nun um einen schönen Innenhof reicher.

ANNA HOCHSIDER

Anna Hochsieder lebt seit acht Jahren in der Messestadt und ist im dortigen Helferkreis aktiv.



FOTOS: ANNA HOCHSIDER



FOTOS: ANNA HOCHSIDER

Alt eingesessene Messestädter und neu zugezogene Flüchtlinge legen gemeinsam einen Garten an

Die Stiftung Anstiftung unterstützt Interkulturelle Gärten und bietet auf ihrer Homepage eine Übersicht aller Projekte in München:

<http://anstiftung.de/urbane-gaerten/gaerten-im-ueberblick?view=map> ↗

Leserbrief

Zu Standpunkte 04.2016 Thema Hauptbahnhof

Die Artikel zum Hauptbahnhof waren sehr interessant. Allerdings werden hier nach meinem Dafürhalten Wunschträume der Bahn etc. geschildert, die angesichts der finanziellen Probleme wohl auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden müssen. Wichtig wäre es m. E. deshalb, den Bestand zu sanieren (Paul-Heysel), Durchgang am Ostbahnhof zur Friedenstraße, Vorplatz des Hbf. Dieser Platz als Entrée in die Stadt spottet jeder Beschreibung. Z.

B. ist die Uhr über dem Haupteingang seit Wochen kaputt. Wildes Abstellen von Fahrrädern vor dem Haupteingang und am Starnberger Bahnhof und die grausame Verschmutzung durch Tauben, der Aufenthalt von merkwürdigen Personen etc. lässt einen mit Grausen sich abwenden.

Vielleicht sollten sowohl die Bahn als auch die Stadtplaner erst mal in kleinen Schritten beginnen; weiterträumen dürfen alle.

Freundliche Grüße

KARIN RENNER, 81539 MÜNCHEN

„Bewegungsräume“ – Bayernkaserne: Wie bewegen sich Flüchtlinge in München? Zur Mobilität von Asylbewerbern

Seit Sommer letzten Jahres ist der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland ein großes Thema. Derzeit sind viele von ihnen in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Sie versuchen, ihren Alltag zu organisieren, der einerseits durch behördliche Pflichttermine (in München: Registrierung bei der Regierung von Oberbayern, medizinische Untersuchung beim städtischen Referat für Gesundheit und Umwelt sowie zwei Termine beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), einer für die Antragstellung, einer für die Anhörung), andererseits durch viel freie Zeit und Langeweile geprägt sind. Die Möglichkeiten, sich aus diesen Einrichtungen fortzubewegen, sind dabei stark davon abhängig, wo sich die Erstaufnahmeeinrichtung befindet und welche Termine die Asylbewerber wahrnehmen müssen bzw. wo sie in der Freizeit hinfahren wollen (z.B. persönliches Netzwerk).

Bisher vorliegende Studien zeigen, dass sich das Mobilitätsverhalten von Migranten mit zunehmender Aufenthaltsdauer mehr und mehr demjenigen der deutschen Bevölkerung anpasst und sich letztlich nach einigen Jahren kaum noch unterscheidet. Hingegen gab es dazu über neu ankommende Flüchtlingen bislang keine Erfahrungen und Erhebungen. Nun wurde in einer kürzlich abgeschlossenen Bachelorarbeit anhand von Interviews mit 105 – überwiegend alleinstehenden – Asylbewerbern in den Erstunterkünften von ehemaliger Bayernkaserne in München-Riem und in Eichstätt sowie mittels Expertengesprächen das Mobilitätsverhalten von Flüchtlingen beleuchtet.

Im Falle des Standorts Bayernkaserne werden zu bestimmten Terminen Gruppen von Flüchtlingen zusammengestellt, die dann mittels Shuttle-Services zu der jeweiligen Behörde gebracht werden. Hierzu hat die Regierung von Oberbayern zwei Busse für die routinemäßigen Shuttle-Dienste angemietet sowie Rahmenverträge mit dem MVV, der Deutschen Bahn, den Taxiunternehmen sowie kleineren Transport- und Rettungsdiensten abgeschlossen.

Abgesehen von den behördlichen Terminen steht es den Flüchtlingen frei, ob wann und wie sie sich – entschlossen oder zaghaft – auf eigene Faust bewegen wollen, um ihre Unterkunft, die Möglichkeiten der Umgebung, die Stadt und die neuen Lebensbedingungen zu erkunden. Sie können die Aufnahmeeinrichtungen jederzeit nach Belieben betreten und verlassen. Die ersten Erkundungen erfolgen zumeist zu Fuß; dies sind sie aus ihren Herkunftsländern und von ihrer Flucht gewohnt, auch lange Strecken zu Fuß zurückzulegen. Auch der Faktor Zeit spielt keine Rolle. Es geht lediglich darum, die Wege zu den Speiseräumen, Kleiderkammern, Zahlstellen

und medizinischen Einrichtungen zu finden. Grundsätzlich bestünde allerdings keine Notwendigkeit, die Sammelunterkunft zu verlassen, weil hier alle Sach- und Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt werden. Im Umfeld einer Sammelunterkunft gibt es zahlreiche ehrenamtliche Angebote wie Sprachkurse, Freizeit- und Kulturangebote. Für die Erkundung der näheren Umgebung stehen oft Fahrräder bereit, die bspw. auf dem Gelände der Bayernkaserne von sozialen Einrichtungen – gegen eine Kautions – zur Verfügung gestellt und von Ehrenamtlichen hergerichtet und gewartet werden. Häufig stammen diese Räder aus Beständen von aufgegebenen, herrenlosen Drahteseln, die vom Baureferat bzw. der P+R GmbH im Stadtgebiet entfernt wurden. Da die Bayernkaserne gut mit Bus und U-Bahn erreichbar ist, spielten diese Verkehrsmittel eine große Rolle. Tickets hierfür müssen – anders als bspw. in Karlsruhe – aus dem Budget nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bestritten werden. Leider führt oft die Unwissenheit über das komplizierte Münchner Tarifsystem zum Kauf von zu teuren Tickets (z.B. Tageskarte, obwohl nur Hin- und Rückfahrt benötigt wird).

Der eigene Pkw oder CarSharing spielt kaum eine Rolle, weil die Flüchtlinge selten einen Führerschein besitzen bzw. dieser in Deutschland keine Gültigkeit hat.

Fazit

- Mobilität bedeutet nicht nur die Überwindung und Erledigung von notwendigen Wegen, sondern dient letztlich auch der Integration, denn je schneller und einfacher sich die Flüchtlinge im Stadtraum zurechtfinden, umso besser gelingt es, dass die anerkannten oder auf Zeit geduldeten Flüchtlinge Teil

dieser Gesellschaft werden.

- Bei der Auswahl der Standorte von Erstunterkünften sollte deren ÖPNV-Anbindung eine wichtige Rolle spielen. Nur so wird eine selbständige Mobilität der Flüchtlinge (unabhängig von Shuttlebussen) möglich.

- Beratung vor Ort: Es sollte aktiv aufgezeigt werden, was selbst erledigt werden kann und was im Eigeninteresse getan werden sollte. Hierzu ist es erforderlich, dass möglichst alle Informationen in den jeweiligen Landessprachen oder, nachdem viele Flüchtlinge nicht lesen und schreiben können, in einer Bildersprache vermittelt werden.

- Für die sichere Teilnahme am Straßenverkehr sollten Radfahrer im Straßenverkehrsrecht geschult werden, wie es an einigen Flüchtlingsunterkünften bereits praktiziert wird.

DANIEL RANK, STEFAN KLUG

Daniel Rank ist Student für Ingenieurwesen an der TU München und engagiert sich seit drei Jahren ehrenamtlich innerhalb einer Erstaufnahmeeinrichtung für die Belange der Flüchtlinge, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufnahme, Beherbergung und Gestaltung des Tagesablaufs von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Dr. Stefan Klug ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung der Technischen Universität München. Er hat die Bachelorarbeit von Daniel Rank „Mobilität von Flüchtlingen in der Region München“ beraten und betreut

Titel der Bachelor-Arbeit: Daniel Rank: „Mobilität von Flüchtlingen in der Region München“, Bachelor-Arbeit am Fachgebiet für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung der TU München, München 2015

Münchens Kunstareal – ein Kessel Buntes

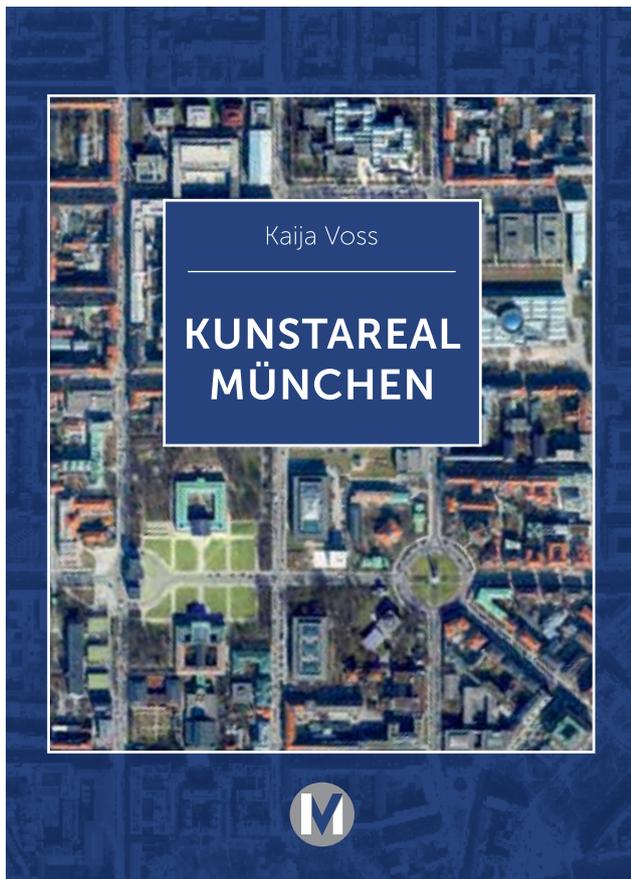
Das erste Buch über das Kunstareal: sehr belesen, sehr freundlich, sehr vorsichtig

34 Museen und Ausstellungshäuser, kulturelle Einrichtungen und Hochschulen listet das erste Buch über das Münchner Kunstareal auf, 33 Galerien, drei Kunstauktionshäuser und eine ganze Latte an Freundes- und Förderkreisen sowie von Experten, die Fremde durch das Areal führen, darunter auch die Kunsthistorikerin Dr. Kaija Voss. Sie, eine geborene Berlinerin mit wissenschaftlichen Stationen in Weimar, Hannover und Dresden, lebt heute in der Nähe von München und hat für den MünchenVerlag ein 144 Seiten umfassendes Buch über die bayerischen Pinakotheken, die Museen am Königsplatz und viele interessante Adressen dazwischen verfasst. Entstanden ist ein kunst- und architekturhistorisch belesener und kundiger Führer voll freundlichen Lobes über das Erreichte, der aber mit behutsamer Vorsicht zugleich erkennbar bemüht ist, in diesem Areal kunstbeflissener Duodezfürstentümer ja niemandem zu nahe zu treten.

Dem Leser, der das Kunstareal noch nicht kennt, erschließt Voss dessen vier mal vier Straßenecken im Schachbrett der Münchner Maxvorstadt zunächst in Form eines Rundgangs zu 21 dort im öffentlichen Raum frei zugänglichen Kunstwerken. Dann führt sie ihre Leser ein in die Historie und die Gegenwart des Königsplatzes und seiner allmählichen Ergänzungen vom Lenbachhaus mit dessen unterirdischem Kunstbau sowie den Museen für Paläontologie und Geologie auf der westlichen bis zum NS-Dokumentationszentrum und dessen Nachbar, dem israelitischen Generalkonsulat, auf der östlichen Seite. Sie beschreibt die Pinakotheken und das Museum Brandhorst, vergisst auch nicht das Museum ‚Reich der Kristalle‘, erläutert das Konzept

des wie eine Grablege des alten Ägypten in die Erde versenkten Museums Ägyptischer Kunst unter und vor der Hochschule für Fernsehen und Film, skizziert die Geschichte und Gegenwart der Bauten für die Hochschule für Musik und Theater einschließlich der Reaktorhalle sowie des Amerikahauses, lädt zum Besuch der Architekturbuchhandlung Werner und der ihr angeschlossenen Architekturgalerie und in den Kunstpavillon im Alten Botanischen Garten ein und stattet u.a. der evangelischen Kirche St. Markus sowie der katholischen St. Bonifaz einen Besuch ab.

Stets erläutert Voss in ihren kompakten Texten, die in Summe nur knapp 60 Druckseiten ergeben, auch die oft wechselvolle Geschichte der Häuser. Aber auf bildliche Belege zur Historie und zur Entwicklung



Kaija Voss: Kunstareal München
 144 Seiten, Farbfotos, Festeinband mit Lesebändchen,
 ISBN 978-3-7630-4030-8
 € 19,99

des Areals verzichtet das Bändchen komplett. Die schnörkellos klare, unaufgeregte, durchgehend Photoshop-veredelte Fotografie, die den Eindruck macht, im Kunstareal regne es nie, greift den doppelten, historisch und aktuell akzentuierenden Blickwinkel des Textes leider nicht auf, sondern zeigt nur, was der Betrachter vor Ort ohnehin sieht: Fassaden und ein paar schöne Innenaufnahmen. Der Band nennt außerdem ein paar Lokale im Kunstareal, die der Besucher aber gar nicht zu suchen braucht, weil es besuchenswerte und in dem Buch erwähnte Cafeterias bzw. Restaurants auch in den Museen gibt, so das noch ziemlich neue im Lenbachhaus mit seiner spektakulär situierten Terrasse vor den Propyläen, den wunderschönen, intimen Innenhof der benachbarten Glyptothek oder die Restaurants der drei Pinakotheken, jedes mit einem ganz eigenen Flair.

Eine auf vier Seiten ausgebreitete Zeittafel, auch sie analog zur Fotostrecke fast folgerichtig ohne bildliche historische Belege, unterstreicht den Geschichtsbezug zusätzlich, listet das Erscheinen des Kunstareal-Buchs kurioserweise als eigenen historischen Meilenstein mit auf und greift dann ins Jahr 2017 voraus, für das es das dritte Kunstarealfest ankündigt. Als Teil dieses Ausblicks portraitiert Voss im Text zuvor ihren räumlichen Gegenstand im Hin-

blick auf diese Zukunft als „ein unvollendetes Areal mit besten Aussichten“ und meint damit nicht nur die in der Tat spektakuläre Rundumsicht von der Terrasse des Studenten-Cafés Vorhoelzer auf dem Dach des TU-Hauptgebäudes, sondern auch Aussichten auf noch mehr in diesem Areal beheimatete Kunst, Kultur und Wissen.

Voss skizziert Aspekte der fast endlosen Debatte um den städtebaulichen Charakter und die Erschließung dieses Quartiers. Sie verweist beispielsweise auf den Stadtratsbeschluss, den Durchgangsverkehr durch das Areal etwas auszubremsen, aber verschweigt, dass dieser Beschluss schon 35 Jahre alt ist und dass er, obwohl im letzten Sommer endlich der Stadtverwaltung zur Realisierung übergeben, auch bis Ostern des laufenden Jahres, also ein weiteres Dreivierteljahr danach, noch immer nicht umgesetzt war.

Kaija Voss lobt die in Gang gekommene Zusammenarbeit der Museen in einer allerdings nur befristet eingerichteten gemeinsamen Geschäftsstelle von Staat, Stadt und Stiftung Pinakothek der Moderne, aber geht darüber hinweg, dass diese Stiftung in Workshops und Wettbewerben völlig verknöcherte Strukturen erst einmal aufweichen musste. Jahrzehnte lang wurden die einzelnen Museen wie Duodez-fürstentümer geführt – von gelebter Nachbarschaft keine Spur. Nicht einmal zu gemeinsamen Eintrittskarten, anderswo längst selbstverständlich, führt derzeit ein Weg, obwohl die Museumsdirektoren ihre Einnahmen aus Kartenverkäufen gar nicht für das eigene Haus einsetzen dürfen. Sie müssen ihre Kassenbestände an den Fiskus abliefern.

Das Wort Kunstareal selbst ist ein Beispiel für die lange Jahre autistische Haltung der Häuser. Schon eine halbe Generation ist dieses Wort alt, aber die meiste Zeit haben die Institutionen in dem so benannten Areal es nicht wirklich benutzt. Erst die beharrliche Arbeit der Stiftung hat Visionen eröffnet, Fakten geschaffen und mit ihnen Annäherungen ermöglicht. Ab dem Sommer sollen nun weiße Stelen im Areal signalisieren, dass vielleicht doch zusammenwächst, was in München zusammengehört. Im Buch sind sie immerhin schon zu sehen.

Solche Hintergründe und Zusammenhänge, wird Kaija Voss vielleicht einwenden, sind dem Touristen, der ihr Buch kauft, gleichgültig. Aber sie gehören zur Wahrheit und sind Teil eines Areals mit interessanter Vergangenheit, spannender Gegenwart und sicherlich auch ereignisreicher Zukunft. Voss' Plädoyer für kleine Schritte dorthin in Ehren – aber der seit zwanzig Jahren versprochene, weiterhin nicht finanzierte zweite Bauabschnitt für die Pinakothek der Moderne wird mit Trippelschritten nicht kommen.

Und noch eines muss gesagt sein: Der Unter-

titel des Worts Kunstareal, der auch dieses Buch schmückt, – Kunst, Kultur, Wissen – ist ein Eingeständnis, dass das Areal keineswegs nur der Kunstpräsentation dient. Einer der größten „Player“ im Areal ist die Technische Universität. Richtig verstanden könnte und sollte das Kunstareal über seinen Fokus Kunst hinaus auch immer wieder Brücken schlagen zwischen der Kunst und der Technik. Dass das möglich ist, hat die Alte Pinakothek schon vor Jahren gezeigt, und zwar mit einer Ausstellung zur Wiedereröffnung ihres Osttraktes als selbständigem Ausstellungsbereich. Sie verglich Gemälde des 15. Jahrhunderts mit Orbitalfotos heutiger Technik.

Damals, im 15. Jahrhundert, waren Fernrohre gerade aufgekommen, und Künstler hatten sie benutzt, um erstmals den nächtlichen Sternenhimmel differenziert darzustellen. Was Teleskope heute leisten, knüpft daran an. Dem Kunstareal ist zu wünschen, dass es künftig nicht nur Brücken vom einen dort stehenden Museum zu anderen schlägt, sondern auch von der Kunst in die anderen Bedingungen, unter denen wir leben.

GERNOT BRAUER

Gernot Brauer ist Mitglied im Programmausschuss des Münchner Forums.

Leserbrief

Zum Schwerpunkt Thema „Hauptbahnhof“ Standpunkte 4.2016

Mir ist erinnerlich, wie der dunkle Vierkantklotz und Solitär O₂, geplant von dem sonst sehr sensiblen Architekten Ingenhofen, recht nah am höchst skulpturell und lebendig gestalteten Olympiagelände gelegen, von der Kommission für Stadtgestaltung zuerst abgelehnt, dann aber – nach Investorenwechsel – zugunsten des Architekten fast ohne Diskussion durchgewinkt wurde. Nach seiner Fertigstellung war aber die Kritik so stark, dass die damalige Stadtbaurätin andeutete, dass man sich vorher schon Gedanken gemacht hatte, wegen der durch diesen Turm optisch beschädigten Stadtlandschaft einen Cluster baurechtlich zu ermöglichen, um die deprimierende Ausstrahlung des O₂-Turmes umzukehren – auch mit einem Bürobau in der Form einer Pyramide... Aber kein Investor zeigte damals Interesse an zusätzlichen Hochhäusern um den O₂-Turm herum.

Als später entlang der Bahnstrecke Hauptbahnhof – Pasing, im Umgriff des Hirschgartens, auch ziemlich hohe Wohntürme gebaut werden sollten, bildete sich eine Bürgergruppe, die den Blick vom Nymphenburger Schlossrondell nach Südosten, über das mit kleinen Häusern gestaltete Halbrund und die Baumkulisse dahinter, durch die neuen Wohnhochhäuser als entwertet empfanden. Sie belegten dies am Blick auf den so dominierenden O₂-Turm als schweren Verlust für die Stadtlandschaft. Die Kritik der Gruppe wurde erfolgreich. Die geplanten Höhen der neuen Gebäude in der Nähe der Friedenheimer Brücke/ Hirschgarten mussten dann reduziert werden. Die Investoren waren dankbar, weil sie nun weniger hohe Bauten finanzieren mussten. (...)

Immer wieder werden – mit Recht – die bekannten

Hochhausstudien von Detlev Schreiber und Ferdinand Stracke aufgegriffen. Es muss aber festgehalten werden, dass sich im Lauf der Jahrzehnte, im Gegensatz zu deren Richtlinien, mehrere dazu konträre planungspolitische Entscheidungen gefallen sind. Eine der bekanntesten ist die Positionierung beider Jahn-Hochhäuser im Norden am Ende der Berliner Autobahn. Ihre Wirkung auf die empfindliche Achse Ludwig-/ Leopoldstraße wurde seinerzeit nur von Norden her überprüft. Das Planungsreferat genehmigte damals die gläsernen Zwillinge ohne ein Interesse daran, eine klare Nord-Fassung der einmaligen Achse zu schaffen. Seit damals wird dies von Einheimischen und Besuchern der Stadt beklagt.

Zurück zum Hauptbahnhof. Sehr verständlich würde ein vertikaler Akzent am naheliegenden Schwerpunkt der Bahn-Funktionen, bei der Empfangshalle, akzeptiert. Dabei könnte die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die ganze Fläche bis zum ZOB an der Hackerbrücke als Münchner Hauptbahnhof gesehen werden sollte. Wenn sich die Deutsche Bahn schon entschieden hat, ihren Konkurrenten Fernbus zuzulassen, müsste sie endlich die beschämend peinliche Fußwegverbindung von den Bahnsteigen des Hauptbahnhofs zum ZOB über die Arnulfstraße aufgeben, zugunsten einer dringend notwendigen Innenverbindung über einen westlichen barrierefreien Querbahnsteig und über eine attraktivere Paul-Heyse-Unterführung.

Dieser jetzt aktuelle Hochhaus-Akzent der Bahn, abseits der Empfangshalle geplant, löst Fragen aus: Könnte er für die ohne unmittelbaren Bezug zur Stadtsilhouette platzierten hohen Gebäude Bayerischer Rundfunk (BR) und Hotel zum Raumclusterbildenden Mittelpunkt werden? Seine Höhe und eine akzeptable skulpturelle Ausformung könnte

das ausdrücken. Aber auch zugunsten der Stadtlandschaft knapp außerhalb der Altstadt? Und könnte er eine vertikale Schwerpunktsetzung für eine größere Bahnhoffläche, von der Empfangshalle bis zum ZOB werden?

Mit oder ohne solche Fragen bleibt die dringende Forderung nach Verbesserung des Hochhausentwurfs am Bahnhof. Von einem plumpen Koloss, der aus allen Richtungen der Stadtlandschaft nur ablehnende Empfindungen aller Betrachter auslösen wird – und damit dem Ansehen auch der Bahn nur schadet –, zu einem sensibleren Beitrag zur sehr individuellen Stadtlandschaft in der Nähe ihres zentralen Münchner Markenzeichens, der Skulptur Frauenkirche. Wenn die skulpturale Gestaltung des Bahnhof-Hochhauses – ohne Rückgriff auf historische Formen

– doch einem ähnlichen Sensibilitätsanspruch folgen kann, ist die Forderung nach Respektierung der Altsstadtsilhouette erfüllt.

Zusammengefasst: Absolute Geschlossenheit sollten Stadtpolitiker, Stadtplaner, Stadtarchitekten, Stadtbürger und Stadtökonomien in ihrer Wachheit gegen jeden „Paradigmenwechsel“ nur im Interesse von Investoren zeigen, die sich davon erhoffen, mit beeindruckenden Argumenten alle „Decisionmakers“ von Bindungen an eine identitätsstiftende Stadtlandschaft zu lösen und umzuschalten auf anonyme Hochhausballungen wie in Frankfurt oder anderswo. Diese Wachheit zur Sicherung der Identität bietet bekanntlich erstaunliche Begünstigungen – auch für die internationale Ökonomie in München.

GERHARD MEIGHÖRNER, MÜNCHEN

Notiz

Der Münchner Hauptbahnhof – ein Baudenkmal?

Über die Planungen eines neuen Hauptbahnhofsgebäudes und den vorgesehenen Umbauten im Untergrund wegen des geplanten Baus der sog. 2. Stammstrecke haben wir in der STANDPUNKTE-Ausgabe 4.2016 ausführlich berichtet. Danach hat uns ein Denkmalschutz-rechtliches Gutachten erreicht, das Dieter J. Martin angefertigt hat und auf das wir aufmerksam machen. Dr. Dieter J. Martin war bis 1994 Jurist in leitender Stellung im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und lebt heute in Bamberg.

Das Gutachten stellt fest: „Vom Komplex des Münchner Hauptbahnhofs und seinem Umfeld sind bisher nur wenige Denkmäler in die Denkmalliste eingetragen. Dies gilt insbesondere für das nicht erfasste Hauptgebäude des Bahnhofs, den nicht als Ensemble anerkannten Bahnhofplatz und daraus abzuleitende Folgerungen für die Denkmaleigenschaft und den Denkmalschutz. (...) Mit dieser rechtlich fundierten Studie wird versucht, die Entscheidungsgrundlage für den Münchner Hauptbahnhof zu verbreitern. Entgegen anderslautenden Behauptungen können übrigens die Denkmaleigenschaften des Komplexes aufgrund neuer Erkenntnisse auch noch 2015 und später geltend gemacht werden.“

Das Gutachten schließt mit der zusammenfassenden Bewertung: „Diese Studie zu den Denkmaleigenschaften hat ergeben, dass über die bisher in die Denkmalliste des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege eingetragenen Objekte hinaus auch der gesamte aktuelle bestehende Hauptbahn-

hof München als Einzeldenkmal und der Umgriff als Ensemble „Komplex Hauptbahnhof München“ anzusehen sind. (...) Die Denkmaleigenschaft besteht nach der Rechtslage in Bayern bereits kraft Gesetzes. Das bisherige Fehlen der Eintragung einzelner Denkmäler (wiederaufgebauter Hauptbahnhof) und des Ensembles „Komplex Hauptbahnhof München“ in der Denkmalliste ist unschädlich; die kraft Gesetzes lediglich deklaratorische Eintragung wird keineswegs infolge des bisherigen Säumens verwirkt und kann deshalb jederzeit nachgeholt werden. Die Denkmaleigenschaft hat die Erhaltungs- und Verfahrenspflichten nach den Art. 4 und 6 BayDSchG zur unausweichlichen gesetzlichen Folge. Die Denkmaleigenschaft auch des wiederaufgebauten Hauptbahnhofs und des Ensembles ist als materiell-rechtliche Vorgabe in allen Planungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren zu beachten.“ Darüber hinaus seien die Denkmaleigenschaften nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), nach dem BauGB bei der Aufstellung der Bauleitpläne und beim Planfeststellungsverfahren nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz zu beachten. Das Gutachten ist nachzulesen unter dem Link:

<http://recht.denkmalnetzbayern.de/wp-content/uploads/2015/06/Studie-MHbf-Martin-Stand-11.2.2016-1.pdf>

(DS)

Zum Tod von Georg Kronawitter

Der Beitrag dieses Oberbürgermeisters zur Münchner Stadtentwicklung war bemerkenswert.

Schon früh war sich Georg Kronawitter darüber im klaren, dass er einen wichtigen Beitrag in und für die Gesellschaft leisten wollte. Er erlebte die Umbrüche und Nöte der Landwirtschaft im eigenen kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Betrieb seiner Eltern. Er sah den krassen Gegensatz zwischen den Versprechungen der Politik zum Schutz bäuerlichen Lebens und der Wirklichkeit, nämlich ihrer Zerstörung durch die Förderung von immer größeren Betrieben. Diese Wahrheitslücke hat ihn herausgefordert, ihn politisiert. Er trat in die SPD ein und erkämpfte sich seinen Einfluss auf diese Partei. Bei den Bauern verschaffte er sich Respekt, forderte in diesem Feld die CSU heraus und wurde von Waldemar von Knoeringen und Wilhelm Hoegner als großes politisches Talent erkannt und gefördert. Die leidenschaftlichen Landtagsdebatten des jungen SPD-Abgeordneten Georg Kronawitter um die Zukunft der Landwirtschaft wurden zu Highlights. Er war die Hoffnung für viele Landwirte und wurde von seiner Partei konsequenterweise als zukünftiger Landwirtschaftsminister ausersehen.

Die unanständige „Fruchtfolge“ des Bankiers Baron August von Finck - aus der Flächennot der Stadt München Kapital zu schlagen, empörte ihn doppelt: Zum einen war es das Verschwinden der bäuerlichen Existenzen aus dem Stadtumfeld, die den Profitinteressen des Herrn Baron von Finck weichen mussten und zum anderen, dass sich dieser die „aufgewerteten“ landwirtschaftlichen Flächen nicht nur teuer bezahlen ließ, sondern darüber hinaus von der Stadt auch noch Ersatzflächen verlangte, die er dann ein paar Jahre später wieder als teuerstes Bauland verkaufte. Kronawitter war über diese ungerechte und gesellschaftsschädliche Fehlentwicklung empört und zum Kampf bereit. Zwar konnte er den gesellschaftlichen Trend zur leistungslosen Bereicherung an dem unvermehrten Gut der Fläche nicht aufhalten, aber Kronawitter konnte in dem Prozess, den Baron von Finck ihm aufnötigte, seine politische Haltung schärfen und deutlich machen. Sein Mut und seine Furchtlosigkeit vor den „Großkopferten“, Geldigen war eine seiner vielen beeindruckenden Eigenschaften.

Das war der Stand seiner Entwicklung, als ihm Oberbürgermeister H. J. Vogel für ihn völlig unerwartet die Frage stellte, ob er für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt München kandidieren würde.

Das Feld der Kommunalpolitik war durch OB



Georg Kronawitter 21.04.1928 - 28.04.2016

FOTO: WIKIMEDIA COMMONS, MICHAEL LUCAN

Hans Jochen Vogel bestens bestellt, er hatte mit dem Münchner Verkehrsverbund (MVV) einen Zukunftsschritt getan, der neue Wege für die Mobilität in der Stadt aufzeigte, von dem München heute noch profitiert. Doch die Folgen des Stadtentwicklungsplanes von Prof. Jensen, mit dem Versuch, den Individualverkehr genauso wie den öffentlichen zu fördern, führte zu erbitterten Gefechten innerhalb und außerhalb der SPD (siehe das Buch „München nicht wie geplant“ von Karl Klühspies). Man muss dazu wissen, dass im Münchner Stadtrat die Vertreter der Feinde der europäischen Stadt und die auf Kontinuität setzende Bürgerschaft fasst gleichauf waren; so beschloss etwa nur mit einer Stimme Mehrheit 1945 der Stadtrat den Wiederaufbau statt den Totalabriss der zerstörten Stadt München. Dieses Verhältnis hat sich im Grunde bis heute erhalten. Georg Kronawitter erbat sich Bedenkzeit, schließlich knüpfte er an seine Zustimmung die Bedingung, zuerst die großen europäischen Metropolen mit ihren Perspektiven in einem kompakten, gut vorbereiteten Programm besichtigen zu können.

Im Münchner Hexenkessel musste sich der kommunalpolitisch unerfahrene Georg Kronawitter ohne eigene Hausmacht, ausgeliefert an die Gralshüter des Erbes von H. J. Vogel, behaupten.

Welchen Beitrag sollte er leisten? Aus den Besichtigungen und der Anschauung Münchens, aus seiner auf das Land geprägten Sicht, tastete er sich heran. Der große Zuzug von Einwohnern und Arbeitsplätzen schaffte nach seiner Ansicht Ungleichgewichte und Ungerechtigkeit, beeinträchtigte den sozialen Frieden. Ich glaube, am besten kennzeichnet seine Entwicklungs-Vision der Begriff der „Stadtlandschaft“.

Mit dieser Haltung ging er vor, um die unerledigten Kontroversen abzubauen. Eingemauert in seine Mehrheit in der Fraktion gab es zwei kennzeichnende Projekte: die Seidlvilla und das Europäische Patentamt. Alles war beschlossen. Der Nikolaiplatz sollte zugebaut werden und das Patentamt in das Cluster von Deutschem Museum und Deutschem Patentamt eingefügt werden. Die Bürgerinitiativen liefen Sturm, die alten Stadträte beharrten. Da machte Kronawitter den ersten unerwarteten Schritt gegen die beschlossene Linie. Er ließ – gegen den Protest des Kämmerers – das Baurecht an der Seidlvilla ablösen. Kein Oberbürgermeister hat das vor und nach ihm gewagt. Für die Verhinderung von Fehlentwicklungen und die Freihaltung von Grünflächen setzte er mutig Steuergeld ein; später auch für den Westpark, die Isarinsel Oberföhring und am Sendlinger Berg.

Aber auch die Errichtung des Europäischen Patentamtes an der Erhardtstraße setzte er durch und nahm damit den Abbruch gründerzeitlicher Architektur an der Isar in Kauf – eine Fehlentwicklung, die er später bedauerte; er fühlte sich im Wort von Hans Jochen Vogel. Europa hätte dem Bau des Europäischen Patentamtes auch in Perlach mit seinen Entwicklungsmöglichkeiten zugestimmt. Hans Dietrich Genscher hat das vor dem Beschluss bestätigt.

Das erste Signal, der erste Test für seinen eigenen Beitrag zur Stadtentwicklung der Stadtlandschaft war des „Millionending“. Es war ein Programm zur Wiederpflanzung und Neuschaffung der Alleen der Stadt, die dem Verkehr geopfert worden waren. Mit niemandem be- oder abgesprochen ließ er diesen Ballon steigen und fand ein breites Echo. Von allen Seiten strömten ihm nun Ideen zu. Das Entsiegelungsprogramm für die zugespalteten Hinterhöfe, das Programm zur Pflege der arg vernachlässigten Stadtbäume, die Idee zur Internationalen Gartenbauausstellung, der Westpark, die Rettung der im Dritten Reich mit Baurecht versehenen Isarinsel Oberföhring, die vielen Spielplätze, für die sich ein Münchner Mäzenatentum entwickelte. Und nicht zuletzt der Isar-Plan. Das alles wurde in der Öffentlichkeit mit großem Wohlwollen, von der Wirtschaft und der CSU argwöhnisch aufgenommen. Ein Lieblingsprojekt von ihm, den Marienhof von Baurecht zu befreien (noch heute gibt es dort einen Bebauungs-

plan zur Erweiterung des Rathauses), scheiterte an der Missgunst der CSU. Er wollte diese Grünfläche als Duftgarten mit Wiese, im Norden ein Café zum Aufenthalt in der Sonne, im Schatten des Rathauses einen Raum, um den Bürgern immer aktuellen Einblick ins Planungsgeschehen zu ermöglichen. Stefan Braunfels gewann mit seinem überzeugend leichten Entwurf den Wettbewerb. Man unterstellte Kronawitter, er wolle sich damit nur ein Denkmal schaffen. Das aber war ihm fremd, er wollte sich das auch nicht nachsagen lassen. Deshalb ließ er schweren Herzens das phantastische Projekt fallen.

Doch das war nur die Oberfläche. Der Krieg der Grundbesitzer und Investoren gegen Georg Kronawitter begann, als er auch private Flächen, auf denen Baurecht geschaffen werden konnte, mit einem hartnäckig verteidigten Schlüssel versah. 1/3 Wohnen, 1/3 Arbeit, 1/3 Grün. Das Investorenprojekt Parkstadt Schwabing ist ein gutes Beispiel. Am eindrucksvollsten aber ist die städtebauliche Ordnung bei der Nachnutzung des Flughafens in Riem. Der Grünzug konnte nur durch seine Drittel-Regel so üppig ausfallen, dass er später die Bundesgartenschau aufnehmen konnte. Da war er zum Feind geworden. Man schmähte ihn als provinziell und versuchte, ihn öffentlich herunterzusetzen. Es half nichts, die Zuneigung in der Bevölkerung wuchs weiter. Er verlagerte Baurecht aus Grünflächen, zuletzt beim Stemmerhof, der nur deshalb erhalten worden war, weil in der Jensenplanung dort ein Autobahnzubringer zum Altstadtring freigehalten wurde. Er kippte die Straßen-Planung und löste das Baurecht ab. Sein Kampf, den er zusammen mit der Bürgerschaft gegen eine schloßartige Staatskanzlei foht, erhielt München den Finanzgarten. Die durchgehaltene Politik der Drittelung schaffte in den Neubaugebieten nicht nur einen zusammenhängenden erlebbaren Grünanteil, sondern auch die Steigerung der Dichte im bebauten Anteil, die dadurch städtisches Lebensgefühl erzeugte. Heute liegen in diesen bebauten Gebieten Dichte-Reserven für die Zukunft der Stadt.

„Stadtlandschaft“ bedeutete aber auch die Erarbeitung und Beachtung eines „münchenerischen“ Höhenprofils. Den Stadträten wurden auf einer dazu, gleich zu Beginn seiner Amtszeit unternommenen Reise Beispiele gezeigt, z.B. in Paris. Hier war die Höhenbegrenzung die Profilierung, nicht der „Renditeturm“. Er verstellte nur den Blick auf die Stadt und deren landschaftliche Umgebung. Der bekannte Architekt Detlev Schreiber wurde beauftragt, das Höhenprofil Münchens zu untersuchen und in einer „Hochhausstudie“ mögliche Standorte für überragende Gebäude zu benennen, die der Gesamtstadt dienlich und ihrer Fortentwicklung förderlich sind. Nicht zufällige Besitzer von Grundstücken sollten

profitieren, sondern der Blick auf die Gesamtstadt, auf den die Politik zu achten habe, sollte ausschlaggebend sein. Dass sein „Wunschnachfolger“, der in seinem Namen die „sozial gerechte Bodenordnung“ mit den Platzhirschen der Investoren für München ausgemacht hatte, das anders sah und diesen sogar Baurecht für über 200 Meter hohe Verwaltungsgebäude zubilligen wollte, rief ihn auch noch nach seiner Amtszeit auf den Plan. Er versammelte die erfahrensten Mitkämpfer um sich, startete gegen den Druck der Zeitungen und des Stadtrates einen Bürgerscheid – und gewann.

Aus Sorge um das Bild der Stadt, um die Heimat der Bürger, hat er sich jüngst noch zu Wort gemeldet zum geplanten Hochhaus am Hauptbahnhof.

Siehe Standpunkte 04-2016: http://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/Standpunkte_04_2016.pdf 

Sein wacher und kritischer Geist, sein Mut, sich mit den „Großen“ anzulegen und seine Liebe zu München wird den Münchnern fehlen, und in vielen Äußerungen wird deutlich, dass sie das wissen und spüren.

WOLFGANG CZISCH

Wolfgang Czisch leitet den Arbeitskreis „Stadt: Gestalt und Lebensraum“ im Münchner Forum. Er war ehrenamtlicher Stadtrat in München von 1973 bis 1996 und von 1999 bis 2013 Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums.

Georg Kronawitter hat im Dezember 2015 eine kleine Broschüre mit „Jugendgedichten“ drucken lassen „für Freunde, Bekannte, Interessierte“, die er als Studierender an der Lehrerbildungsanstalt in München-Pasing zwischen 1947 und 1949 angefertigt hat und die er, wie er schreibt, „beim Sortieren meiner Akten wiedergefunden und mit Emotionen gelesen“ habe. Wir entnehmen daraus das Gedicht

DER ALTE BAUM

*Wir haben mit dem alten Baum
Gespielt und gescherzt und gelacht
Und haben gefragt,
Ob es ihm etwas macht,*

*Wenn er in jeder
Liebesnacht
Hoch droben
Wie ein Engel über uns wacht!*

*Er ist doch so groß
Und sieht ringsum so weit
Wie wir
Nicht einmal zu zweit.*

Sendung verpasst? Radio Lora – Forum aktuell, April 2016

Thema: Stadtentwicklung in München

Ursula Ammermann im Gespräch mit Münchens Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk über Münchens Siedlungs- und Freiraumentwicklung und die Zukunft der Innenstadt

Zur Sendung kommen Sie hier:

<http://muenchner-forum.de/2016/04/12/forum-aktuell-0416-interview-mit-stadtbauraeitin-elisabeth-merk/> 

Freiham inklusiv – Radio Lora 92.4, Montag, 9. Mai 2016, 19-20 Uhr

2014 beschloss der Stadtrat eine Fachuntersuchung zur inklusiven Ausgestaltung des neu entstehenden Stadtteils Freiham. Im Fokus der Untersuchung stehen Menschen mit Behinderungen. Was muss geschehen, um der Vielfalt aller Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht zu werden? Darüber spricht Ursula Ammermann mit Martina Schneider, Stadtplanerin, stadt-raum-planung münchen und Sabine Steger, Referat für Stadtplanung und Bauordnung.